

# Lübener Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Nr. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, S. Nachtrag

Die Anzeigengebühren betragen für die vierspaltige Beilage oder deren Raum 15 Pf., für die zweispaltige Beilage oder deren Raum 10 Pf., answärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 19.

Sonntag, den 23. Januar 1898

5. Jahrgang

Hierzu eine Beilage und „Die Neue Welt“.

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübener Volksbote“.)

(21. Sitzung. Schluß.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Der Abg. Fischer hat mit seiner heutigen Rede hauptsächlich den Glauben weiter gepflegt, daß die Sozialdemokratie in der Dauerung an einer radikalen Reformpartei begriffen sei. Es war unvorsichtig von dem Abgeordneten, die Ziele seiner Partei so zu enthüllen. Ich möchte mir wünschen, daß die Rede rechte Verbreitung finden möge. (Auf bei den Sozialdemokraten: Wird gedruckt!) Auf alle Angriffe zu antworten ist mir ganz unmöglich. Die Behauptung aber, daß die Regierung stets sofort zu Gunsten der Unternehmer gegen die Arbeiter einschreite, ist ganz unrichtig. Die angeordneten Erhebungen werden eine Ergänzung finden durch Erhebungen über eine Streikstatistik und über die Ausbreitungen bei Streiks. Das wird ein interessantes Material geben. Den berechtigten Wünschen der Arbeiter hat die Regierung stets Rechnung getragen, es ist mir unverständlich, wie er es wagen kann, von den unerfüllten Februarerlassen zu sprechen. Die Herren verlangen freilich zu viel. Der Staat kann nicht alle Wünsche erfüllen, dazu fehlen die Organe. Meine Worte über die Entwendung des Erlasses halte ich aufrecht. Wenn bei Ihnen ein Vertrauensbruch passiert in der Partei, erteilen Sie ja auch sehr streng. Passiert er der Regierung, so laßt man darüber. Den Prozeß Tausch kenne ich zu wenig, um zu wissen, ob der Abg. Fischer richtig berichtet hat. Ich verurtheile es aber auch, wenn die Behörde etwas thut, was gegen Recht und Moral verstößt. Aus der vom Abgeordneten Fischer verlesenen Unfallstatistik ergiebt sich doch höchstens die Nothwendigkeit besserer Unfallversicherungen, oder will er daraus folgern, daß keine Kulturarbeit gethan werden soll, wenn sie lebensgefährlich ist! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Legien, der viel vorsichtiger und geschickter gesprochen hat als heute Herr Fischer, zog eine Parallele indem er sagte, aus der absoluten Monarchie habe sich die konstitutionelle Monarchie entwickelt, und aus ihr werde sich die Republik mit Nothwendigkeit entwickeln, so habe sich auch aus der absoluten die konstitutionelle Fabriksleitung entwickelt, aus der sich mit Nothwendigkeit die kollektivistische entwickeln werde. Ich gebe die Berechtigung dieser Parallele von vornherein nicht zu, denn sonst müßte ja in den Republiken schon der Collectivismus zum Durchbruch gelangt sein. Mit der Entwicklung zur Republik hat es bei dem dynamischen Sinn unseres deutschen Volkes noch gute Wege. Also nur ruhig Blut! Der große Kampf zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien wird nicht in diesem Hause entschieden werden. Er wird zu Gunsten der bürgerlichen Parteien entschieden werden nur wenn alle bürgerlichen Parteien den Muth und die Selbstentfaltung besitzen, gegen die sozialdemokratische Sturmfluth zu weichen und die religiösen Mächte im Lande zu dem Ansehen gelangen, daß sie dabei helfend mitwirken können. (Beifall rechts.)

Jorn's (22.) erklärt den Erlaß für durchaus berechtigt und führt Fälle von Ausbreitungen streikender Arbeiter aus seiner Heimath an.

Beck (23.) verlangt von der Regierung erweiterten Bogellch.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky erwidert, daß Deutschland der internationalen Bogellch-Convention angeschlossen, also nicht allein vorgehen könne. Persönlich stehe er den Anregungen des Vorredners sympathisch gegenüber.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Verathung auf Freitag 2 Uhr.

Schluß 5 1/2 Uhr

Berlin, 21. Januar 1898

Aus dem Reichstage. Die Diskussion über den Fund-erlaß des Grafen Posadowsky füllte nur noch den großen Theil der heutigen Sitzung aus. Der Abg. Lieber hielt eine große staatsmännische Rede, in der er natürlich an den Appell anknüpfte den gestern Staatssekretär Posadowsky an die religiösen Mächte im Staat gerichtet hatte. Lieber empfahl sich besonders als Reichshauptmann, aber er verlangte von der Regierung Gegenleistungen. Mit gebundenen Händen sagte er, kann man nicht kämpfen, mit gebundenen Händen kann man nicht weichen. Also Freiheit der Kirche, Rückberufung der Jesuiten, Unterstellung der Schule unter die Kirche, man kennt den holden Sang ultramontaner Schwärmer für die Freiheit — der Kirche.

Einen weiteren Theil der Sitzung füllte eine Diskussion über das Frauenstudium oder besser gesagt das Damenstudium aus. Man will den Damen etwas entgegenkommen und sie demnächst zum Staatsexamen auf deutschen Universitäten zulassen. Graf Posadowsky hat selbst eine Tochter, die Pharmaceutin werden will oder schon geworden ist. Der Wind weht deshalb da oben etwas günstiger für die Damen und die sogenannte Damenfrage wird hoffentlich bald in der Hauptfrage gelöst sein, wogegen übrigens auch von unserem Standpunkt gar nichts einzuwenden ist.

Länger wird es mit der Lösung der Frauenfrage dauern. Ehe dem weiblichen Proletariat die Gleichberechtigung mit den Männern gegeben werden wird, wird noch sehr viel Wasser die Sperre hinunterlaufen. Herr Hise vom Centrum begründete seinen Antrag auf Vor-

legung einer Statistik über die Zahl der in Fabriken beschäftigten Frauen mit den rückständigsten Argumenten. Er hielt so ziemlich dieselbe Rede, die seine katholischen Glaubensgenossen im Sommer in Zürich auf dem Arbeiterkongreß gehalten haben, die eine so glänzende Widerlegung durch die Ausführungen von den Frauen Clara Zetkin und Lily Braun sowie unseren Genossen Bebel fanden. Noch lange wird es auch dauern, bis dem weiblichen Proletariat auch nur der notwendigste Arbeiterschutz gewährt werden wird. Genosse Wurm, der heute die übliche Kritik an den Berichten der Fabrikinspektoren übte, ging denn auch hauptsächlich auf die schon lange von der Sozialdemokratie geforderte Anstellung von weiblichen Assistenten für die Gewerbeaufsichtsbeamten ein, deren Zahl an sich viel zu gering sei, um der großen Aufgabe irgendwie entsprechen zu können. Mit den Unternehmern, die ihre Arbeiter hindern, mit den Inspektoren zu verfahren, sich auch sonst feindlich gegen die Aufsichtsbeamten stellen, ruspste Wurm, wie im vorigen Jahre, auch dieses Mal sein Hühnchen. Zum Aetzer des Herrn v. Stumm las er die Stellen vor, in denen sich die Beamten lobend über die Arbeiter-Organisationen ausdrücken. Als einen Weg zur Herbeiführung besserer Verhältnisse empfahl er der Regierung die Aufsichtsbeamten anzuweisen sich mit den Organisationen der Arbeiter in Verbindung zu setzen. Die Rede hatte den König Stumm so geärgert, daß dieser Mann mit dem zwei Millionen Einkommen es sich nicht versagen konnte, nunmehr zum dritten Male zu erklären, daß er ein Mindesteinkommen von 1500 Mark für den Arbeiter für eine maßlose Forderung hält. Morgen wird die Debatte über den Etat des Reichsannts des Innern fortgesetzt.

22. Sitzung.

Präsident v. Duol eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr. Am Bundesrathstische: Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Staatssekretär Graf Posadowsky, v. Bobbierich. Auf der Tagesordnung steht die Verathung des Spezialetat's: Reichsannt des Innern. (Fortsetzung)

Dr. Lingens (Centr.) (auf der Tribüne unverständlich) tritt für Sonntagstraße ein.

Dr. Lieber (Centr.): Die Mahnung, die Graf Posadowsky in den letzten Sätzen seiner heutigen Rede an den Reichstag richtete, daß die bürgerlichen Parteien sich die Achtung der Arbeiterklasse zu erringen haben, ist gewiß durchaus zu beherzigen. Wir sind bereit, die Differenzen zwischen uns und den anderen staats-erhaltenden Parteien zurückzutreten zu lassen vor der gemeinsamen Wahrung der christlich-germanischen Kultur, wenn man mit uns bereit ist, zu gleichen Theilen Selbstentfaltung zu üben. Diese Forderung stellen wir aber auch an die verbündeten Regierungen; wir verlangen, daß das preussische Kultusministerium nicht mehr wie bis jetzt die katholische Konfession zurückdränge, wir wollen freie Entfaltung aller religiöser Kräfte, und wir hoffen, daß in dieser Hinsicht von der preussischen Regierung sehr bald ein anderer Wind wehen wird. Was die Ausführungen des Herrn v. Stumm anlangt, so werde ich in Bezug auf die Arbeiterorganisationen nie mit ihm übereinstimmen. Wenn Ausbreitungen vorgekommen sind, so geschah dies nur aus Erbitterung darüber, daß die Organisation Schwierigkeiten begegnet. Herr v. Stumm ist über die Minimallohnforderung von 1800 Mk. besonders aufgeregt. Wenn aber die Kohlenindustrie einen Minimalpreis festsetzen können, warum sollen dann die Arbeiterorganisationen keinen Minimallohn festsetzen dürfen? Gleiches Recht für beide Theile! Was Herr v. Stumm über die christlichen Gewerbevereine gesagt, ist völlig unrichtig! Gerade diese bilden durch ihre maßvollen Forderungen den besten Schutz gegen die Maßlosigkeit der Sozialdemokratie. Daß die Sozialdemokratie daher auch den christlichen Gewerbevereinen todtfeind ist, geht aus dem jüngst bekannt gewordenen Briefe des Reichstagsabgeordneten Wöller hervor; da heißt es: „Du sollst die Führer des christlichen Gewerbevereins vor den Bach treten, bis sie schreien.“ Ich denke, das ist ein genügender Beweis. Von sozialdemokratischer Seite ist mir vorgeworfen, daß ich über die Haltung des Centrums zu einer Verschlechterung der Koalitionsfreiheit nichts gesagt. Ich erkläre: wir werden uns 1899 genau so verhalten, wie wir uns 1891 verhalten haben. (Hört, hört!) Die Februarverträge sind gerade in der gegenseitigen Anerkennung der Arbeitervereine keineswegs erfüllt. Trotzdem können wir dem Antrag Paschwitz nicht zustimmen. So nebenbei beim Etat kann diese Frage nicht geregelt werden. Dadurch würden die Gewerkschaften zu rein politischen Vereinen, wie es die offensichtliche Absicht der Sozialdemokratie ist. Ich bitte Sie dagegen einen jeden von uns eingebrachten Antrag anzunehmen, den § 162 Gew.-Ordn. dahin zu ergänzen, daß Verabredungen und Vereinigungen gestattet werden, welche die Verbesserung der Lage der Arbeiter im Allgemeinen oder die Erlangung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen durch Verhandlungen der Gesehggebung bezwecken. (Bravo im Centrum.) Prinz zu Schaumburg-Carolath (Hospitant der National-liberalen) tritt für die Beseitigung der Beschränkungen ein, die jetzt noch dem regulären Frauenstudium entgegenstehen.

Staatssekretär Graf Posadowsky glaubt, daß man sich dieser Frage gegenüber nicht ganz ablehnend verhalten dürfe. Es wird daraus ankommen, daß zwischen den Einzelregierungen ein Einverständnis darüber erzielt wird, daß die Damen, welche das medizinische Studium absolviert, zum Staatsexamen zugelassen werden. Halten die Damen als Ärzte, was sie versprechen, so werde auch ihre weiteren Wünsche erfüllt werden.

Dr. Friedberg (22.) begrüßt diesen Schritt der Reichsregierung nach vorwärts.

Graf Stolberg (N.) In der Frage des Frauenstudiums darf das Tempo nicht zu rasch genommen werden. Mit dem Abg. Lieber bin ich in der Frage der Arbeiterorganisationen nicht einverstanden. Auch in dem Tempo der sozialen Gesehggebung erachte ich Vorsicht für sehr am Plage.

Dr. Hise (B.) kommt auf seinen Antrag zurück, der eine Statistik über die Beschäftigung verheiratheter Frauen in Fabriken fordert. Die lange Arbeitszeit entziehe die Frauen der Familie, der Erziehung ihrer Kinder; für die Sittlichkeit des Volkes liege hierin eine große Gefahr. Es muß wieder dahin kommen, daß der Mann die Frau ernährt; das wird auch dem frühzeitigen Heirathen Einhalt thun.

Staatssekretär Graf Posadowsky ist bereit, sich mit den Regierungen in Verbindung zu setzen, um diesen Wünschen Rechnung zu tragen.

Dr. Bachnicke (23.) tritt der Behauptung des Abg. Lieber entgegen, daß durch seinen Antrag den Verheirathungen in den Koalitionen die Thüre geöffnet werde.

Wurm (23.): Die große Debatte über den Erlaß des Grafen Posadowsky hat bewiesen, daß das Haus sich der Umkehr in der sozialpolitischen Gesehggebung sehr wohl bewußt ist. Wichtig ist hier vor Allem die Erklärung des Centrums, daß es für weitere Beschränkungen des Koalitionsrechtes nicht zu haben ist. Wenn aber Dr. Lieber davon sprach, daß ihm das Mistrauen unbegreiflich sei, das der Haltung des Centrums entgegengebracht würde, so will ich ihm sagen: die Haltung seiner Partei giebt uns ein Recht zu diesem Mistrauen. Das Centrum hätte längst seine Worte in die That umsetzen können, weil es die Macht dazu hatte. Diese platonische Liebe nützt den Arbeitern nichts. Von der gegnerischen Seite kommt Thut auf Thut, so müssen auch wir mit Thaten antworten. Wir werden jetzt für den Antrag Bachnicke stimmen und im Falle seiner Ablehnung für den Antrag Lieber. Aber wir werden selbstverständlich die nächste Gelegenheit benutzen, um mit weitergehenden Anträgen an den Reichstag heranzutreten. In einem Punkte muß ich Herrn Lieber gründlich entgegenentgegen, weil er einen allgemein getheilten Irrthum enthält: Man thut so, als ob die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter Mittel der politischen Partei sind. Wenn Dr. Lieber auch davon sprach, so verkennt er eben gänzlich unser Verhältniß zu den Gewerkschaften. Wir marschiren vollständig getrennt; daß wir gemeinsam schlagen wollen, das ist selbstverständlich, denn unser Ziel ist ja durchaus dasselbe. Die kaiserlichen Februarerlasse sind bis jetzt nach keiner Richtung hin erfüllt. Das erklären die Staatsbeamten selbst, nämlich durch die Thatlagen, die sie mittheilen. Von dem, was damals versprochen wurde, ja, was inzwischen Geseh geworden, ist noch nichts zur Ausführung gelangt. So z. B. ist die Ausdehnung der Schutzbestimmungen auf die auf Baustellen beschäftigten Arbeiter, die durch eine kaiserliche Verordnung erfolgen sollte, bis heute noch nicht verwirklicht. Und die geschlichen Betriebe selbst! Sind dort denn die Bestimmungen erfüllt? Die Gewerbe-Ordnung sprach davon, daß die Arbeitsordnung nicht mehr der Willkürsaudrad des Unternehmers sein dürfe, daß auch die Arbeiter bei der Festsetzung derselben zugezogen werden sollten. Wie sieht es denn mit dem Hören der Arbeiter in dieser Hinsicht aus? Wir sehen aus den Berichten, daß in den meisten Fällen da Alles angeordnet und geändert wird, ohne daß die Arbeiter auch nur gefragt werden, und wir hören nichts davon, daß Unternehmer, die das thun, bestraft werden. Bescheiden für diese Verhältnisse ist die Thätigkeit, die der Verband mit dem langen Namen vom Mai 1890 ab entfaltet hat. Damals bereits hat er so eine Art Pronunciamento gegen die Ausföhrung der kaiserlichen Erlasse in Szene gesetzt. Ein bekannter Finanzrath hat damals gesagt: Die Arbeitsordnung muß der Ausdruck des souveränen Willens des Arbeitgebers sein; und es ist nachher oft genug erklärt worden: den Arbeitsvertrag festzusetzen, ist das unumstößliche Recht des Arbeitgebers. Das Geseh aber sagt ausdrücklich: Die Arbeiter müssen da gehört werden. Zu diesem Zwecke ist ja in jedem Betriebe ein Arbeiter-Ausschuß vorhanden. Wie sieht es denn mit diesem Ausschuss aus? Der als ein so großes sozialpolitisches Heilmittel betrachtet wurde? Da sagen uns die Berichte, daß diese Ausschüsse nur ein Scheindasein ohne Bedeutung führen. Man fürchtet, sich damit eine Organisation zu schaffen, die gelegentlich unbenutzt werden könnte. Und welchen Terrorismus, Herr Staatssekretär, die Arbeitgeber gegenüber diesen gesetzlich gewährten Institututen ausüben, zeigen auch die Berichte. Da steht, die Arbeiterausschüsse haben keine Bedeutung, da die Arbeiter aus Furcht vor Entlassung alle Vorschläge des Vorsitzenden, der meist aus dem Direktor, einem Prokuristen oder Werkmeister besteht, ohne Widerrede gut heißen. Diese Maßregelungen, dieser Terrorismus der Arbeitgeber, wird ja in den Berichten vielfach konstatiert, seit es Aufsichtsbeamte giebt, aber weder der Herr Staatssekretär, noch sein Vorgänger, haben es für nöthig gefunden, gegen diesen Terrorismus der Unternehmer, der Ihnen hier attemmäßig vorliegt und nicht erst durch Equeten festgestellt zu werden braucht, vorzugehen. Ein sehr tüchtiger alter Arbeiter, der über zwanzig Jahre in einer Fabrik war, wurde entlassen, weil er unbenutzt geworden war durch seine topere Thätigkeit als Beisitzer im Arbeiterausschuß. Ebenso sagt ein Bericht aus Baden, daß die Arbeitgeber sich durch die Anträge ihrer Arbeiter als Ausschussmitglieder vor Gericht unangenehm berührt geföhlt haben und die Arbeiter sich so mißlieblich gemacht haben. Wenn ein solcher Terrorismus stattfindet unter den Unternehmern, wie wäre es da mit einem Knudschreiben, damit den Arbeitern nächstens der Schutz zu Theil wird, der ihnen durch das Geseh gewährleistet wird. Die Arbeiter werden terrorisirt, weil sie einer Organisation angehören, so sagt der Gewerbeinspektor für Baden. Wenn wegen solcher Maßregelungen Erhebungen angestellt werden, dann behaupten die Unternehmer, die Arbeiter zeigen nicht wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation entlassen worden, sondern wegen Widerföhlichkeit, wegen eines Wortstreites. Auch wenn das richtig ist, so hat doch die Zugehörigkeit zu einer Organisation den Anlaß zum Wortstreit gegeben, was also die eigentliche Ursache zur Entlassung. Wie unklar handeln die Arbeitgeber, meint Fabrikinspektor Würschhofer, wenn sie bei den Arbeitern die Meinung hervorrufen, daß die Arbeit in einer Fabrik mit Unterdrückung



jeder freien Bewegung Hand in Hand geht! Und wie unklar, sagen wir, handelt erst der Staat, der dem Arbeiter dieselbe Meinung beibringt. Man verweist die Arbeiter immer auf die Gewerbegerichte. Aber es ist leider in das Velleben der Behörden gestellt, sie zu errichten. Mit der Institution selber sind wir einverstanden. Die Gewerbegerichte haben verstanden, sich das Vertrauen der Arbeiter und auch einschüchternder Unternehmer zu erwerben, obwohl oder vielmehr weil die große Mehrzahl der Arbeitnehmer-Beisitzer Sozialdemokraten sind. Sie wählten einen unparteiischen Richter. Den Unternehmerverbänden und den mit ihnen befreundeten Stadtgemeinden sind die Gewerbegerichte aber unbenommen. In ganz Mecklenburg giebt es kein einziges Gewerbegericht trotz aller Petitionen. In Jaueroda ist jahrelang um ein Gewerbegericht petitioniert worden. Schließlich erklärte sich die Stadtverwaltung bereit, jetzt aber liegt die Sache seit einem halben Jahre bei der Regierung in Jelp und nichts rührt sich. Weshalb dieser passive Widerstand gegen die bestehenden Gesetze? Die Statistik der Klagen zeigt, daß die Arbeiter außerordentlich häufig Anlauf haben, sich an das Gewerbegericht zu wenden. Den Unternehmern mit bösem Gewissen sind eben deshalb die Gewerbegerichte mit ihrer objektiven Rechtsprechung ein Dorn im Auge. Sie schließen deshalb Verträge mit den Arbeitern ab, worin diese, wenn sie Arbeit bekommen wollen, sich verpflichten müssen, sich im Streitfalle nicht an das Gewerbegericht zu wenden, sondern an ein vom Unternehmer bestimmtes Schlichtsgericht. Das Gewerbegericht in Jelpig hat solche Kontrakte für rechtsverbindlich erklärt. So umgehen die Unternehmer die Gesetze, Herr Staatssekretär! Trotzdem wird kein Mundschreiben erlassen. Der Reichstag wird diese Abrede ausfüllen haben. Es geht nicht an, daß Unternehmer durch Privatverträge Reichsgesetze illusorisch machen. Wie das zu verhindern ist, müssen wir den Juristen überlassen. Jedemfalls haben wir die Absicht, auf diesem Gebiete alsbald vorzugehen. Weshalb schließt man die Arbeiterinnen von den Gewerbegerichten aus, indem man ihnen das aktive und passive Wahlrecht vorenthält? Herr Hise hat die Vermehrung der Frauennarbeit vorhin selber anerkannt. 1896 waren 19000 weibliche Kinder, 80000 Mädchen unter 16 Jahren und 670000 Frauen und Mädchen über 16 Jahren in Betrieben beschäftigt, die den Gewerbegerichten bei Lohnstreitigkeiten unterstellt sind. Es sind also 780000 weibliche Wesen, die vor Gewerbegerichten zu Klagen hätten. Warum läßt man da Arbeiterinnen nicht zu den Gewerbegerichten wählen und Beisitzer werden? Das Uebel des bairischen Fabrikinspektors über den Verfall von Arbeiterorganisationen klingt ganz anders, als das des Grafen Posadowsky. So lobt er die sozialdemokratischen Beschwerdekommisionen im Gegensatz zu den Reichsbeschwerdekommisionen der sogenannten ordnungsliebenden Arbeiter. Die Arbeiterorganisationen sind notwendig, auch zum Schutz der Gesetze. Der ungeheure Mangel an Aufsichtsbeamten ist eine große Skandalmitte. Die Meinung des Herrn Staatssekretärs, daß er uns diesen Mangel ziffernmäßig beweisen hat, wie groß die Zahl der zu revidierenden Betriebe ist und wie viel Betriebe wirklich revidiert worden sind, ist lobend anzuerkennen. Revidiert wurden durchschnittlich nur 34 pCt. der Betriebe, in Preußen 31 pCt., in Bayern nur 18 pCt., in Hessen 45 pCt. der Betriebe. In Bayern sind nur 18 pCt. revidiert worden, weil dort die Revisionen sehr gründlich vorgenommen sind. Man sieht daraus deutlich den Mangel der Beamten. Im preussischen Etat sind elf neue Beamte eingestellt worden, eine Zahl, die natürlich lange nicht ausreicht. Sollte jeder Beamte jeden Betrieb nur einmal durchsehen, die Zahl der Beamten müßte verdreifacht werden. Dazu hat der preussische Staat kein Geld. Kulturaufgaben leiden nicht. Die preussischen Beamten haben noch die Kesselrevisionen vorzunehmen. Es scheint, daß man ihnen diese Funktion nur aufgetragen hat, um den Kreis, aus dem sie genommen werden können, recht eng zu ziehen. Das sind verpörrische Zustände. In keinem anderen Staate sind die Inspektoren noch Kesselrevisoren. Einige Beamte haben noch Nebenämter, die mit ihrer Eigenschaft als Aufsichtsbeamte in Widerspruch stehen. Ich habe im vorigen Jahre schon den **Uebere Beamten** genannt, der sehr schneidig im Dienste des Unternehmens vorgeht, daß er im Nebenamt für eine Berufsgegenstand und den Norddeutschen Lloyd thätig ist. Keinhilf ist es mit einem Fabrikinspektor in Hessen und einem in Westpreußen bestellt, ich glaube, es ist derjenige von Danzig, der im Dienste eines Unternehmers steht. Ich habe diese Daten aus sozialdemokratischen Zeitungen. Es ist gegen sie wegen dieser Mittheilungen keine Klage eingereicht worden, deshalb nahm ich an, daß die Mittheilungen wahr sind. Sie sehen, die Beamten haben nicht einmal faumtlich die genügende Qualifikation. Große Bevölkerungskreise schließt man von der Fabrikinspektion auf der anderen Seite aus, die Arbeiter, die es am meisten angeht, läßt man vor der Thür. Wenn nun die Arbeiter mit den Inspektoren in Verbindung treten wollen, werden sie daran von den Unternehmern gehindert. Diese stellen Spitzel und Beobachtungsposten aus. Der Aufsichtsbeamte wird oft durch Signale angeführt und findet dann Alles in der Ordnung. Der Unternehmer dreht der Polizei eine Nase, wie ein Fall in Hannover beweist, wo sich die Arbeiterinnen vor der Polizei auf dem Boden vertheidigen mußten. Und wird ein Unternehmer einmal erwischt, dann erhält er eine ganz verschwindend geringe Strafe. (Sehr richtig! links.) Die Strafen sind lächerlich gering, sie wirken wie eine Prämie auf die Uebertretung der Gesetze. Die deutschen Gerichte, die den Arbeiter mit drakonischen Strafen belegen, verfahren gegenüber den Unternehmern. Der Fabrikinspektor von Potsdam klagt über die geringen Strafen. Man verhöhnt die Gesetzgebung und den Reichstag mit diesen geringen Strafen. In Hildesheim verurtheilte das Schöffengericht einen Unternehmer zu 5 Mk. Geldstrafe. Als widerstand wurde angegeben, daß die Anzeige nur vom Gewerbeinspektor ausgegangen sei. An einem anderen Ort wurde ein Unternehmer freigesprochen, weil er zur Zeit der Arbeit seiner Angehörigen in der Kirche war. Also, wenn der Arbeitgeber nur recht fromm thut, dann kann er zu Hause seine Leute schinden lassen und die Gesetze übertreten. Die Polizei ist ungeeignet zur Aufsicht, sie ist gewohnt, gegen den Arbeiter aufzutreten, sie kann sich nicht daran gewöhnen, nun auch einmal als Schutzwächter der Arbeiter aufzutreten. Das einzige Mittel zur Besserung liegt darin, daß die Fabrikinspektoren gehalten werden, sich mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung zu setzen. Der Gedanke, der auch von Zentrumsblättern ausgesprochen worden ist, wurde aber sofort von dem mit 12000 Mk. für die Verdächtigung der Arbeiter behafteten Schweinburg bekämpft. Außerdem müssen Arbeiter als Assistenten für die Aufsichtsbeamten hinzugezogen werden. Aus Bayern melden die Berichte einen solchen Fall. Der dort hinzugezogene Arbeiter ist aber in Wahrheit ein Werkführer. Warum gerade ein Werkführer, warum nicht ein organisierter Arbeiter? Außerdem fordern wir die Hinzuziehung von Ärzten. Schließlich auch die Hinzuziehung von Frauen. Wenn von unjerner Seite behauptet wurde, daß die Frauen dieselbe geistige Fähigkeit besitzen, wie die Männer, dann hörte man auf der anderen Seite spöttische Bemerkungen. Heute hat sogar Herr v. Posadowsky zugegeben, daß die geistige Befähigung der Frau dieselbe sei, wie die des Mannes. Es ist ja sehr erfreulich, daß man zu dieser Anschauung kommt, nun lassen Sie aber auch diese Meinung zur That werden. Oder sollte sich Ihre freundliche Gesinnung nur auf die Damen erstrecken, die in der angenehmen Lage sind, sich der Wissenschaft hingeben zu können, sollten Sie bloß für die bürgerlichen Frauen Sympathie empfinden und für die übrigen nicht? Wenn bisher die Frauen zur Gewerbeaufsicht nicht zugezogen wurden, so geschah dies einfach aus dem Grunde, weil man meinte, daß die Frauen den Unternehmern nicht so nützlich sein könnten als Aufsichtsbeamten wie die Männer. Die Fabrikinspektorin würde nur der Sammelpunkt für die Beschwerden der Arbeiterinnen bilden. Aus diesem Grunde wurde im Zeitalter der kaiserlichen Sozialreform die Anstellung von weiblichen Aufsichtsbeamten abgelehnt! Daß die Frauen die Befähigung zur Gewerbeaufsicht haben, steht nach dem Vorgehen Englands, Frankreichs, Amerikas, Australiens fest. In Deutschland hat man ihnen diese Befähigung bisher bestritten.

Sie sollen dieselben geistigen Fähigkeiten haben wie der Mann, aber von politischen Wahlrecht, von den Wahlen zum Gewerbegerichtsbanden sind sie ausgeschlossen. Die Herren, die ihnen diese Befähigung absprechen, müssen doch in ihrer nächsten Umgebung recht schlechte Erfahrungen gemacht haben (Weiterkeit), denn wenn sie auf das Ausland blickten, müßten sie doch zu einem ganz anderen Urtheil kommen. In anderer Hinsicht dagegen müssen wir wieder eine Beschränkung fordern, so, wenn Frauen angehalten werden, hoch auf Leitern auf den Bau zu steigen. Auch Herr Hise behauptete ja, daß so viele Frauen in die Fabriken hineinkommen. Ja, Herr Hise, in Ihrer nächsten Nähe, in München-Gladbach, sind Fabriken, in denen sehr viele Frauen beschäftigt werden, da die Löhne so miserabel sind. Von Ihren eigenen Parteigenossen werden dort den Arbeiterinnen die bekannten Kochrezepte für den Haushalt in die Hand gedrückt. Gerade Ihre Partei wäre ja geeignet, auf die Unternehmer in dieser Hinsicht einzuwirken, aber im wirtschaftlichen Leben prallen eben die besten ethischen Vorschriften ab, wo der Profit in Frage kommt. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Sie werden also mit uns einverstanden sein, wenn wir sagen, nur durch gesetzliche Regelung und durch strengste Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen ist es möglich, die Arbeiterinnen zu schützen. Es giebt Dinge, über die die Arbeiterin, wenn sie fittlich ist, nicht mit dem männlichen Aufsichtsbearbeiter sprechen kann. Die weiblichen Beamten würden sich sehr das Vertrauen der Arbeiterin erwerben. Zum Mindesten müßten weibliche Assistenten angestellt werden. Freilich, höhere Löhner, die vom praktischen Leben keine Ahnung haben, sind dazu nicht geeignet. Man exemplifiziere nicht auf die Krankenpflege. Krankenpflege und Arbeiterthätigkeit sind zu verschiedenen Gebieten, wer für das eine paßt, braucht nicht für das andere geeignet zu sein. Diakonissen sind also nicht geeignet. Sie machen es weder dem Unternehmer noch dem Arbeiter recht. Das volle Vertrauen wird die Arbeiterin nur zur Arbeiterin haben. Ist es denn eine exorbitante Forderung, wenn man verlangt, daß die Assistentinnen gewählt werden wie die Beisitzer in den Gewerbegerichten? In einzelnen Staaten sucht man diesen Mängeln jetzt entgegen zu kommen, z. B. in Hessen. In anderen Staaten, besonders im Königreich Sachsen, hat man für diese Frage nicht das geringste Verständnis. Der Abg. Frickhe hat im sächsischen Landtage auf die Petition der Frauennvereine frisch und fröhlich erklärt: Manien sei nach dem Nordpol gekommen und habe dort die Erdarhe ohne Hilfe von Fabrikinspektoren neu geblüht. Da werde es in Sachen wohl noch längere Zeit ohne weibliche Aufsichtsbeamten gehen. Und mit solchen banalen Redensarten glaubt man sich über diese so hochwichtige Frage hinwegsetzen zu können. Nimmt der jetzige Staatssekretär noch dieselbe ablehnende Haltung ein, wie sein Vorgänger? Die Unfälle wachsen beständig, ein Theil von ihnen ist nicht naturnotwendig mit der Arbeit verbunden. Das greifen wir an. Die Fabrikinspektoren haben hervor, daß harte Arbeit, veranlaßt durch Akkorarbeit, und die Verwendung ungewohnter Arbeiter eine große Anzahl Unfälle veranlassen. Und auch mit den Schutzvorrichtungen steht es äbel. Auch die Krankheiten der Arbeiter nehmen zu in Folge zu intensiver und zu langer Arbeit. Der Arbeiter verunglückt am häufigsten am Ende der Arbeitswoche, wenn er abgepaumt ist. Hier kann die Gesetzgebung helfend eingreifen, aber zum Schutze der Arbeiter hat man nicht viel übrig. Wozu soll das führen? Durch das ganze Treiben wird das vernichtet, was sie zu schützen bestrbt sind. Mittelstadt sagt, es geht bergab mit dem Glauben des Volkes an die Monarchie. Was man durch alle diese Tragödien erreicht, so sagt er, ist die Vernichtung des Glaubens an die Krone und an die Monarchie. Dem Anschwollen der sozialdemokratischen Fluth ist kein Ende zu bereiten. Machen Sie Ihre Ausnahmegerichte - der Arbeiter lebt in einem Ausnahmezustand und wird sich nur so fester zu uns scharen, als er steht, daß er doch von Ihnen keine Rettung zu erwarten hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Hise (B): Das Zentrum hat in jedem Jahre bewiesen, wie ernst es ihm mit dem Arbeiterschutz und der Koalitionsfreiheit ist. Wir werden auch die Durchführung unserer sozialpolitischen Wünsche niemals zu einem Handelsgeschäft machen. (Bravo! im Zentrum.) Ich vermiße, daß der Vordredner nicht Stellung zur Frage der Beschäftigung verheiratheter Frauen genommen hat. Vielleicht spricht sich die sozialdemokratische Partei noch darüber aus. Wir haben das Ziel, die Arbeit verheiratheter Frauen in Fabriken gesetzlich zu verbieten und auch in der Landwirtschaft, soweit das Familienleben darunter leidet. Der Herr Vordredner hat auch wieder das berühmte Wörtlein „Das häusliche Glück“ erwähnt. Das Wortchen hat einen Abhang von über eine Million geübten, es ist in fremde Sprachen überetzt. Der Verfasser ist ein jetzt verstorbener Kaplan in München-Gladbach. Er hat seine ganze freie Zeit dem Wohle der Arbeiterinnen gewidmet. Systematisch greift die Sozialdemokratie dieses Wörtlein wegen seiner Kochrezepte an. Es heißt immer, die Kochrezepte für ganz beschiedene Verhältnisse sind ohne mein Wissen hineingekommen und in der zweiten Auflage beseitigt. Ich richtete an Sie den Appell, doch endlich der perfiden Art, wie draußen diese Kochrezepte angegriffen werden, einmal Einhalt zu gebieten. Hierauf wird der Vertagungsantrag angenommen. Persönlich bemerkt Herr v. Stumm (B): Dem Abg. Wurm muß ich nochmals erwidern, daß ich die Forderung der Gewerksvereine nach einem Minimallohn von 1500 Mk. nur als Minimallohn für maßlos halte, nicht als Lohn im Allgemeinen. Es giebt aber Betriebe, die mit ganz geringem Nutzen arbeiten, die einen solchen Lohn nicht zahlen können, und minderwerthige Arbeiter, die ihn nicht verdienen. Gegen die konfessionellen Arbeitervereine an sich habe ich nichts einzuwenden. Ich warne sie nur vor der Gefahr, in sozialdemokratisches Fahrwasser zu gelangen, wie es mit den Vereinen des Pfarrers Raumann und ähnlicher Herren schon geschehen ist. Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung). Schluß 6 1/2 Uhr.

**Politische Mandatschau.**  
**Deutschland.**  
Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion erörterte in der Sitzung am 19. und 20. Januar die **chinesische Angelegenheit**. Einstimmig wurde folgender **Beschluß** gefaßt:  
Die Fraktion betrachtet es als natürlich, daß in der Partei und damit auch in der Parteipresse über wichtige Fragen der Taktik zeitweilig Meinungsverschiedenheiten entstehen und daß diese zum Austrag gebracht werden müssen, selbstverständlich unter Wahrung des Rechts der freiesten Meinungsäußerung.  
Aber in der Polemik, die zwischen einer Anzahl Parteiorgane über die Taktik der Partei gegenüber der chinesischen Angelegenheit entstand, ist mehrfach die zulässige Grenze erheblich überschritten worden, was die Fraktion lebhaft bedauert. Dieselbe ersucht die Parteigenossen, darauf zu sehen, daß ihre Organe sich künftig bei Polemiken streng in den zulässigen Grenzen halten.  
Zu dem Eroberungszug nach China steht die Fraktion in der entschiedensten Gegnerschaft, die Redner der Fraktion werden bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit dieser Anschauung Ausdruck geben.  
Wir bemerken hierzu, daß wir von Anbeginn in entschiedenster Weise gegen die Chinapolitik des neuesten Kurjus Stellung genommen haben und auf diesem Standpunkt beharren. In die Erörterung der Frage durch die

Parteipresse einzugreifen, fehlte es uns ebensowohl an Zeit wie an Veranlassung.  
**Nachwahl in Homburg-Kusel.** Das der „Frankf. Ztg.“ telegraphisch gemeldete Endresultat lautet: Schmitt (N.) 6647, Lude (Bund v. Landw.) 3543, Säger (Centr.) 3253, Ehrhart (Soz.) 812 Stimmen. Also Stichwahl zwischen Schmitt und Lude.  
Bei der Hauptwahl erhielt der Sozialdemokrat bloß 99 und der Kandidat der Zentrumspartei 1848 Stimmen, auf Marquardsen (N.) waren 9095 und auf einen Handwerker-Kandidaten 2044 Stimmen gefallen. Der Ausschlag der nationalliberalen wie der kolossale Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen und die Fortschritte der Zentrumspartei in einem der wenigen Wahlkreise, die bisher als unbefruchteter Besitz der Nationalliberalen gelten, ist ein erfreuliches Zeichen für die Stimmung gegen die Marinevorlage und für die Aussichten der nächsten allgemeinen Wahlen.  
Der Stichwahl-Kampf dürfte eines der heitersten Schaupiele im traurigen Parteileben unserer Tage sein.  
**Deutsch-Chinesisches.** Zur chinesischen Frage äußerte sich der englische Schatzkanzler Hicks-Beach kürzlich in einer Rede in Bristol, die chinesische Regierung sei an England heranzutreten mit Bitten um Unterstützung bei Deckung der japanischen Kriegsschuldigung. Die Verhandlungen schritten vorwärts, aber selbst, wenn diese einen Erfolg nicht haben sollten, so müßte England doch sein Bestes gethan haben, um seine freundschaftlichen Gesinnungen China gegenüber in Zeiten der Noth zu erweisen. Es müsse auf seinen gestellten Verträgen nach diesem Lande alle Vortheile erhalten bleiben, deren es sich jetzt erfreut.  
Ferdinand v. Richthofen, der bekannte Geograph, Geologe und Forschungsreisende, war mit dem Range eines Legationssekretärs als Geologe der preussischen Sendung nach Japan, China und Siam in den sechziger Jahren beigegeben und widmete sich dann von 1868 bis 1872 in Shanghai der besonderen Erforschung von China. Nach Richthofen hat Fürst Bismarck bereits 1870 die Befehle gegeben, die chinesischen Pläne den Ausbruch des Krieges von 1870 in den Hintergrund. Alfred Kirchhof in Halle a. S. war es, der jüngst im dortigen Verein für Erdkunde auf diese Mittheilung aufmerksam machte. Danach hätte der alte Ez also schon als Tirpitz I zu figuriren. Arme Epigonen!  
**Frankreich.**  
Zu Prozeß Zola ist am 7. Februar Termin vor dem Pariser Schwurgerichte anberaumt. Ein Untersuchungsverfahren findet vorher nicht statt. Wie unterlautet, hat Zola nicht weniger als 250 Zeugen angemeldet, darunter viele Sachverständige im Schreibfache, welche die Gutachten der Sachverständigen der Kriegsgerichte widerlegen werden.  
**Vom Fall Drehs.** Der norwegische Dichter und Politiker Björnstjerne Björnson hat von Rom aus einen begeisterten Brief an Emile Zola gerichtet. Er feiert darin den französischen Meister als den größten Helben unserer Zeit, der das Schwert zu vollbringen suchte, nämlich der Welt einen Haß zu entreißen. Björnson erklärt, er beneide Zola um seine gefährliche Lage, da er gegen Millionen vorwärts gegangen sei mit Keil und Schwert, und das Schauspiel geboten habe, das Frankreich heute nöthig habe.  
**Über und Nachbargebiete.**  
22. Januar.  
Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von A. Deppert, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern Lübeck's die Sperre verhängt.  
Das Streikomitee.  
J. A.:  
R. Schenk, Lederstraße 3.  
Sozialdemokratische Preßlinder. Unserem Parteigenossen, Reichstags-Abgeordneten Dr. Lütgenau, der im Gefängnis in Herford wegen Majestätsbeleidigung eine dreimonatliche Freiheitsstrafe verbüßt, war zwar die Selbstbeschäftigung verweigert worden, man hatte ihm aber erlaubt, zu gewissen Stunden die polnische Sprache zu studiren. Seit Weihnachten ist ihm, wie unser Dortmunder Partei Organ mittheilt, diese Vergünstigung wieder entzogen. Warum, weiß unser Bruderorgan noch nicht. Da Lütgenau am 13. Februar das Gefängnis verläßt, wird man ja bald hören, womit die Strafverschärfung — als eine solche wirkt die Maßnahme wenigstens — begründet wurde. Die Thatsache allein zeigt aber wohl schon deutlich genug, daß in Preußen nach wie vor der wegen politischer Vergehen Verurtheilte nicht besser behandelt wird als der gemeine Verbrecher. Wie nachtheilig das Kerkerleben ohnedies auf den Gefangenen einwirkt, zeigt die Thatsache, daß Lütgenau trotz, wie er schrieb, „guter und reichlicher“ Gefangenentrost, in den zwei Monaten seiner Gefangenschaft um 11 Pfund an Körpergewicht abgenommen hat. — Da stehen sich unsere Kollegen im Marstall denn doch in etwas besser. An Leibeshülle abgenommen haben sie, soweit uns bekannt, beide nicht, obwohl sie der Mokkaohnen-Legung obliegen. Ob nun die Verpflegung hierorts an sich eine bessere ist, oder ob eine rationellere Auswahl „Fett legender“ Speisen erfolgt, entzieht sich unserer Kenntniß. Es ist immerhin für uns ein Trost, daß wir spätetich bloß für die geistige Restauration unserer sündhaften Genossen zu sorgen haben und sie nicht auch noch obendrein lieblich wieder auf einen normalen Stand zu



bringen nützlich haben. Man soll doch nicht murren! Man entdeckt wirklich überall zwischen dem Schatten noch Licht, auch in der Republik Lübeck.

**Spiegelberg, wir kennen Dich!** Bekanntlich haben die Dr. Götz und Konsorten zur lex Posadowky eine auf Arbeiterfang bei den Wahlen berechnete Resolution eingebracht. Sie treiben eben eine recht skrupellose Agitation. Denn wie die ehrenwerthe freisinnige Vereinigung dem Arbeiter gegenübersteht, das hat sie zuletzt gezeigt, als es sich um die Wählerverordnung drehte. Sie hält den Standpunkt inne, daß es verhindert werden muß, die Staatsgewalt zu Gunsten der Arbeiterklasse in die gewerblichen Angelegenheiten einzuführen zu lassen. Beim Herannahen der Wahlen verdeckt man natürlich eine derartige Gesinnung, dann heißt es mit hundert und ein Mitteln arbeiterfreundlich zu sein. Der kapitalistische Wolf schlüpft in ein schneewolles Lammfell, und da wir den Wahlen mit Mühschritten näher kommen, so wundert es uns gar nicht, wenn die freisinnige Vereinigung den Posadowky'schen Koalitionsentwurf für Zwecke arbeiterfreundlicher Maskierung ihrer manchesterlich-kapitalistischen Ziele benutzt. Wir halten es für zweifellos, daß die in der Wahlbewegung regelmäßig lüppig ausschlagende Hencheler und Schmeicheler bürgerlicher Seelen nach der Seite des Proletariats hin, diese bekannten heißerwerbenden Liebesarriffe auch in den Reichstag hinein vielfältig Zweige erstrecken wird. Und bei dem Bachnick'schen Antrage dürfte das z. B. sicher geschehen. Die Parteistellung der Antragsteller bewist ja schon, daß wir recht haben.

Und wir werden es ebenso sicher auch erleben, daß während der Wahlbewegung dort, wo Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung mit unierem Kandidaten im Gefecht stehen, von ersterem zum Beweise dafür, wie arbeiterfreundlich ihre Partei sei, darauf hingewiesen wird, daß sozialdemokratische Abgeordnete die Meinung der Freisinnigen Vereinigung durchaus getheilt und durch ihre Namensunterschrift als richtig bestätigt hätten. So wird es sicher kommen und dann werden die, die es heute etwa noch nicht glauben wollen, hoffentlich wissen, weshalb die Mickert-Frese'schen ihren wülsthündlichen Antrag gestellt haben.

Dann werden wir den Herren aber die Begründung unter die Nase reiben, welche der Herr Rechtsanwalt Dr. Götz der famosen Zivilklage der Lübecker Möbelfabrikanten zu Theil werden ließ, und werden ihnen zuzusehen: Spiegelberger, wir kennen Euch!

**Vorsicht!** Von mehreren Seiten wird seit einigen Tagen uns gegenüber Klage geführt über Buchhandlungsreisende der Firma R. Schwarz in Berlin, speziell

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Zu vermietthen zu sofort oder später ein Laden in separatem Eingang, Küche und Keller, zu jedem Geschäft passend. Rosenstraße 29.

Gesucht zu sofort ein ordentl. Knecht der mit Pferden umzugehen versteht. Mauer 84.

Sehr billig. Hans m. 2 Wohn. u. Laden, geheizt, f. jed. Handel, i. leb. Gegend, soll schnell für 6000 Mk. verk. werd. Ausg. gering. Johs. Fischborn, Fleischhauerstr. 46.

2 neue Damen-Maskeanzüge z. verm. Preis 2-2,50 Mk. Pelzerstr. 25a, part.

Ein kleiner weißer Seiden-Pudel ist billig zu verkaufen. Schlumacherstr. 5/14.

Laderte Vertikows und Kommoden (Eigene Arbeit), sind billig zu verkaufen. Hundestraße 13.

Zu verkaufen 1 echter Minorla-Hahn 97er Bucht. Mittelstraße 5.

Sonntag den 23. d. Mts. steht eine große Parthie Ferkel im Gasthof „Zum schwarzen Adler“ zum Verkauf.

Sonntag steht eine Parthie Ferkel zum Verkauf. Schröders Gasthof, Schwartzau.

Empfehle starke und leichte Leitern zum Verkauf. Pr. Scheide 35 Pfg. J. Petermann, Engelsgrube 77/17.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
**Täglich frisch!!!**  
ff. Berliner Pfannkuchen mit Apffel gefüllt à Stück 5 Pfg. empfiehlt in bekannter Güte  
**Paul Burmester**  
Bäckerei und Conditorei  
Langer Lohberg 49.  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

einen gewissen Leo Meyer, welche in höchst eigenthümlicher Weise das Lieferungsverk an den Mann zu bringen suchen. Wir haben die unangenehm Betroffenen schleunigst an die Kriminalpolizei verwiesen, um sie vor pekuniären Verlusten zu bewahren, und ist daraufhin, soweit uns bekannt, auch bereits Untersuchung gegen den Meißenden und seine Gehilfen eingeleitet. Unser Kieler Parteiorgan warnt ebenfalls vor den Leuten. Wir machen die Arbeiter Lübecks, sowie überhaupt unsere Leser bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß sie durchaus keine Utsache haben, mit unbekanntem Menschen unbekannter auswärtiger Firmen buchhändlerische Geschäfte abzuschließen. Die Buchhandlung von Fr. Meyer u. Co., Johannisstraße 50, liefert Alles im Buchhandel Vorkommende zu denselben Preisen wie jedes andere Geschäft. Die Arbeiter thun also weitens klüger und handeln im eigenen Interesse, wenn sie dieses Geschäft nach wie vor kräftig unterstützen!

Die „Eisenb.-Ztg.“ billigt augenscheinlich das Vorgehen des Grafen Posadowky. — Kein Wunder!

Allgemeine Erregung herrscht augenblicklich in fast allen Kreisen der Bevölkerung über das freisprechende Urtheil des Schöffengerichts in Sachen Dr. Wien.

**Vom Tage.** Untersuchung ist eingeleitet gegen einen stellenlosen Kommiss, welcher einen Barbier um 10 Mk. betrogen haben soll, wegen ein Dienstmäßen, welches einer Frau ein Paar Strohhandschuhe, und gegen einen Schlosser, welcher Bücher entwendet haben soll.

**Zeichen der Zeit.** In Haft gerathen wegen Vettelns 8 Personen, in Schutzhaft wegen Obdachlosigkeit 9 Personen.

Ein Feuer entstand gestern Abend etwas nach 6 Uhr infolge Explosion einer Lampe in dem Lager des in der Hundestraße wohnenden Postoffelmachers Witt. Der Feuerwehrgesang die Wschung, ehe größere Räumlichkeiten ergriffen wurden.

**Mageburg.** Williger Betrieb. Die „Deutsche Tabak Zeitung“ weiß zu melden, daß, falls die neue Kaserne gebaut wird, eine Hamburger Tabakfirma die alte Kaserne als Fabrik mit über 300 Arbeitern einrichten gedenkt. Sie berechnet offenbar für Mageburg billigere Arbeitelöhne.

**Schönberg.** Broschürenverbreitung strafbar! Der Genosse G. aus Lübeck stand gestern vor dem hiesigen Schöffengericht unter der Anklage, durch Verbreiten von Broschüren an einem Sonntagnachmittag im Dezember v. Js. großen Unfug verübt und gegen die Verordnung von 1855 betr. bessere Heilhaltung des Sonntags verstoßen haben. Von der ersten Anklage wurde er freigesprochen, wegen

der zweiten wurde Dec auf 5 Mt. Selbststrafe lautende Strafbefehl aufrechterhalten. Gegen dieses Urtheil wird jedenfalls Berufung eingelegt werden.

**Kiel.** Von der Marine. Der Aviso „Pfeil“ ist bei der dänischen Insel Lunderum festgerathen. Zwei Schustorpobooote und das Schulschiff „Blücher“ sind zur Hilfeleistung Donnerstag Morgen ausgelaufen. Aus dem N. schlesw. hollst. Wahlkreis Herr Damaskle, nationalsozialer Kandidat für Ploen-Oldenburger, hielt dieser Tage in Erfurt einen Vortrag über „Städtisches Finanzwesen und kommunale Politik“. Wie unser Erfurter Parteiorgan hört, plant man seitens der Erfurter Nationalsozialen, Herrn Damaskle als Kandidaten für die Reichstagswahl aufzustellen. Herr Damaskle dürfte dort ebenso abblühen, wie hier, oder noch etwas ärger, da er es in Erfurt mit einem stark sozialdemokratisch „durchsuchten“ Kreise zu thun hat.

**Stadttheater** Morgen, Sonntag, Nachm. 4 Uhr geht als Fremden-Vorstellung bei halben Preisen „Café Bragg“ in Scene. Abends 7 Uhr wird R. Wagner's „Meisterfinger von Nürnberg“ gegeben. Montag: „Die verunkelte Glocke“. Dienstag: „Don Juan“.

**Wilhelmstheater.** Sonntag gastirt das Stadttheater-Ensemble mit seine erfolgreichsten Neuheit, dem dresdener Schwan „Hans Hudebein“ im Wilhelmstheater. Der Billet-Vorverkauf findet bei Herrn Kowatsch, Sandstr. statt.

**Briefkasten.**  
111. Donnerstag 8 1/2 Uhr.  
H. v. K. Kestefeld. Beschäftigen Sie auf Wunsch gerne, daß die Sie ertheilte Antwort bezüglich einer freie Uebersetzung eines lateinischen Spruchs ist. Wenn andere Leute anderes herauszufinden, haben sie eben nicht mit Aufmerksamkeit gelesen. — Erhalten wir übrigens Bericht von der Versammlung am Sonntag oder hält man das in Schwartzau nicht für nöthig? Einige wenige Worte über den Bericht und Verlauf zu schreiben und einzuschicken, ist doch keine Exerei!

**Stenograph-Buchmarkt.**  
Hamburg, 21. Januar  
Der Schwelchehandel verlief nur langsam.  
Büchermarkt: 1898. 1. 1030. 2. 1030. 3. 1030. 4. 1030. 5. 1030. 6. 1030. 7. 1030. 8. 1030. 9. 1030. 10. 1030. 11. 1030. 12. 1030. 13. 1030. 14. 1030. 15. 1030. 16. 1030. 17. 1030. 18. 1030. 19. 1030. 20. 1030. 21. 1030. 22. 1030. 23. 1030. 24. 1030. 25. 1030. 26. 1030. 27. 1030. 28. 1030. 29. 1030. 30. 1030. 31. 1030. 32. 1030. 33. 1030. 34. 1030. 35. 1030. 36. 1030. 37. 1030. 38. 1030. 39. 1030. 40. 1030. 41. 1030. 42. 1030. 43. 1030. 44. 1030. 45. 1030. 46. 1030. 47. 1030. 48. 1030. 49. 1030. 50. 1030. 51. 1030. 52. 1030. 53. 1030. 54. 1030. 55. 1030. 56. 1030. 57. 1030. 58. 1030. 59. 1030. 60. 1030. 61. 1030. 62. 1030. 63. 1030. 64. 1030. 65. 1030. 66. 1030. 67. 1030. 68. 1030. 69. 1030. 70. 1030. 71. 1030. 72. 1030. 73. 1030. 74. 1030. 75. 1030. 76. 1030. 77. 1030. 78. 1030. 79. 1030. 80. 1030. 81. 1030. 82. 1030. 83. 1030. 84. 1030. 85. 1030. 86. 1030. 87. 1030. 88. 1030. 89. 1030. 90. 1030. 91. 1030. 92. 1030. 93. 1030. 94. 1030. 95. 1030. 96. 1030. 97. 1030. 98. 1030. 99. 1030. 100. 1030.

**See-Berichte.**  
D. „Ludwig“, Capt. Förster, ist am 21. Januar nach Lübeck abgedampft.  
D. „Fris“, Capt. Schwarz, ist am 21. Januar in Rotterdam eingetroffen.  
D. „Rafon“, Capt. Cassen, ist am 21. Januar von Rotterdam auf hier abgedampft.  
D. „Eibe“ ist am 20. Januar von Cherbourg nach Swansea abgedampft.

# Ausverkauf.

Der bei der Inventur zurückgesetzten Waaren.  
**Carl Werm. Mich. Stave**  
Weiter Krambuden 4, zwischen Markt und Marienkirche.

**Club Fidelitas.**  
**Masken-Ball**  
am Sonntag den 30. Januar 1898  
in sämtlichen Räumen des Civilt.

Localöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Von 6-8 Uhr: Tanz für die Zuschauer. Eingang derselben Gewerkevereinsaal. Von 7-8 Uhr: Versammlung der Masken. Eingang derselben Königspforte.  
**Präcise 8 Uhr: Maskenzug.**  
Fremdentarten sind bei den Herren Levi, Mühlenstraße 5, F. Nagel, Am Markt 14 und F. Callies, Kupfereschmiedestraße 24, zu haben.  
**NB.** Masken in Pierrrotskostüm sowie Kinder haben keinen Zutritt, Maskengarderobe am Ballabend im Hause.  
**Der Vorstand.**

**Brauerei** & **Fackenburg.** Sonntag den 23. Januar 1898:  
**3. gr. humor. Bockbierfest**  
Eintritt 20 Pfg., wofür Bockbiermütze, Programm und Textbuch.  
**Anfang 4 Uhr.**

**Hansa-Halle** Sonntag den 23. Januar: Freier Familien-Kränzchen. Eintritt. Donnerstag, Kaisers Geburtstag: Freier Familien-Kränzchen. Tanz.

**Frau Helms, Hebamme** wohnt Al. Altesfähre 8.

**Laubsäge-Holz** per Meter von Mk. 1 an. Vorlagekatalog und Preisliste über alle Laubsäge-Altensfähren gratis.  
**G. Schaller & Comp.** Konstanz, 8 Marktstraße 3.

**Das Recht und die Rechtshilfe der Handlungsgehülfen.**  
Eine Denkschrift zur Revision des Handelsgesetzbuches und zur Vereinfachung des Klageverfahrens für Handlungsgehülfen.  
Von **Richard Lipinski.**  
Preis 25 Pfg.

Von Montag an:  
**Inventur-Ausverkauf**  
von diversen Waaren

**Manufaktur-Waaren**  
Hüten u. Mützen  
**Schuhwaaren** u. s. w.  
Confermanden-Stiefel mit Lackblatt.  
Ein Posten diverser  
**Wollwaaren**  
Schürzen, Hemden u. s. w.  
zu halben Preisen.  
**Rud. Kracht**  
Lübeck, Rakeb. Allee 40.

**Total-Ausverkauf**  
wegen Umzug, von  
Regen- und Sonnen-  
Schirmen.  
25% unter Preis 25%  
**H. Stoppelman,**  
Schirmfabrik, Hüßstraße 22.

**Sämmtliche Colonialwaaren**  
**Delikatessen als:**  
**Sardinen, Corned Beef,**  
**Anchovis, Sardellen.**  
Im Ausschnitt:  
**Schweizer, Holländischen**  
und **Tilsiser Käse,**  
**ff. Fleisch- u. Wurstwaaren**  
in nur denkbar feinsten Qualität.  
**Fein- und Grob-Brod**  
von der Genossenschafts-Bäckerei.  
**Ed. Deis, Schulstr. 6.**

**Täglich frisch!!!**  
ff. Thee- u. Kaffeebrod  
ff. Kräuter-Heißwecken  
ff. Hannoversche Strengelkuchen  
im Ausschnitt  
empfehlen in bekannter Güte  
die Bäckerei und Conditorei von  
**Paul Burmester**  
49 Langer Lohberg 49.



## Befreit

gleich vielen Andern von Magenbeschwerden, Verdauungsstörung, Schmerzen, Appetitlosigkeit etc. gebe ich Jedermann gern unentgeltliche Auskunft, wie ich ungeachtet meines hohen Alters wieder gesund geworden bin.

F. Koch, Königl. Förster a. D.,  
Pönsben, Post Althelm in Westfalen.

## Achtung!

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfs-  
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands  
(Hauptstelle Albed.)

Wegen der am Dienstag den 26. Januar statt-  
findenden Vollversammlung findet unsere

## Mitglieder- Versammlung

am Montag den 24. Januar

Abends 8 1/2 Uhr

bei F. Lecke, Lederstrasse 3,  
Katt.

### Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 4. Quartal 1897.
3. Was haben die Gewerkschaften von dem neuen Kurs zu erwarten? Referent: Th. Bartels, Albed.
4. Fragelasten, Verschiedenes.

Wichtig ist es in der  
Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

## Achtung!

Berein deutscher Schuhmacher.

## Ausserordentliche Mitglieder- Versammlung

am Sonntag den 23. Januar

Nachmittags 4 Uhr

im Vereinshaus, Zimmer Nr. 8.

Die Ortsverwaltung.

NB. Wegen wichtiger Tagesordnung ist das  
Erstehen sämtlicher Mitglieder dringend er-  
wünscht.

## Achtung!

Kohlenarbeiter!

## Mitglieder-Versammlung

am Montag den 24. Januar

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Zimmer Nr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Fragelasten.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

## Gasthaus zum Cravestrand

(Meisling)

Heute Sonntag:

## Großes Bockbierfest.

## ELYSIUM.

## Täglich: Groß-Concert

der preisgekrönten Concert-, Gesangs-, Soubor-  
und Schuhplattlergesellschaft „Almentausch“  
aus Tirol.

## Neue Lohmühle

Heute Sonntag:

Verschiedene nützliche Gegenstände f.  
Herren und Damen zu vertauschen.

C. Koopmann, Str.

## Circus Variété

Reuterkrug.

Sonntag 4 u. 7 1/2 Uhr:

## 2 gr. Parade-Vorstellungen

Nachmittags ermäßigte Preise.

Kinder die Hälfte.

## Der urdrollige Clown Jigg

mit seinem Tier-Circus.

Einmaliges Auftreten von Prof. Mallini,  
der moderne Hagenmeister.

Abends 7 1/2 Uhr:

## Große Jubel-Vorstellung.

20 internationale Künstler.

Bomben-Erfolg des 8. Welt-Spielplans.

Montag und folgende Tage:

Grosse Vorstellung.

## Grosser

# Gelegenheitskauf!

Neu eingetroffen:

Neu eingetroffen:

## Ein Waggon Steingut-Waaren

und empfehle

nur so lange Vorrath:

Nur so lange Vorrath!	Bratenplatten, weisse	Stück von 10 Pfg. an	Suppentummen, weisse	10 Stück 50 Pfg.	Nur so lange Vorrath!
	Bratenteller, Zwiebelmuster	Stück von 25 Pfg. an	Suppentummen, extra große	3 Stück 50 Pfg.	
	Salz- u. Mehlmeßen, weiß und blau	Stück 25 Pfg. an	Vorrathstossen mit Aufschrift	2 Stück 50 Pfg.	
	Teller mit buntem Rand	8 Stück 50 Pfg.	Deßertteller, gerippt	8 Stück 50 Pfg.	
	Waschschüssel, extra große	2 Stück 50 Pfg.	Salzmeeßen mit Holz-Milchwand	Stück 75 Pfg.	
	Gewürztonnen, weiß und blau	Stück 5 und 10 Pfg.	Gemüseschüssel, extra große	Stück 15 Pfg.	
	Blumentopf-Untersätze in allen Größen	2 Stück 5 Pfg.	Milchtöpfe, blau und weiß, stannend blank		
	Blumentöpfe mit Blumen	Stück 50 Pfg.	Beischüssel, von 8 Pfg. an		

und noch vieles andere.

Ein Posten Pfeffer- und Salzgefäße, Stück 3 Pfg.

Tafel- und Waschs-service in großer Auswahl stannend billig.

Ein Posten Blumentöpfe, bunt mit Untersatz, nur 25 Pfg.

# Riesen-50-Pfg.-Bazar

Breitestr. 51 u. 56. Lübeck. Breitestr. 51 u. 59.

## \* Inventur-Ausverkauf \*

sämtlicher zurückgesetzten Waaren zu enorm billigen Preisen.

Herren-Buckskin-Anzüge 8,50 M., Knaben-

Anzüge 75 Pf., Herren-Hüte 50 Pf.,

Knaben-Hüte 25 Pf., Herren-Paletots 5 Mk.

Rudolph Karstadt.

Freiwillige Krankenkasse  
(E. S. Nr. 6) Lübeck.

## General-Versammlung

am Montag den 24. Januar

Abends 8 1/2 Uhr

bei Dürkop (Centralhallen).

Einladung zum

## Benefiz-Ball

der Bedienung des Vereinshauses

am Sonntag d. 30. Januar,

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Anfang 5 Uhr. Ende 12 Uhr.

Eintritt 50 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein

Die Bedienung.

## Tonhalle.

## Gr. Bockbierfest

mit athletischen Aufführungen

ausgeführt von Mitgliedern des Athleten-  
Clubs „Atlas“.

am Sonntag den 23. Januar

Ringkampf 7, 8 1/2 und 10 Uhr.

Anfang 6 Uhr. Eintritt frei.

F. Holst.

## Wilhelm-Theater.

Sonntag den 23. Januar

Ensemble-Gastspiel des Stadttheaters.

Erfolgreichste Neuheit dieser Spielzeit.

Einmalige Aufführung.

Größter Lacherfolg. Zum 1. Male.

Hans Huckebein

Anfang 7 1/2 Uhr.  
Karten-Vorverkauf bei Herrn Cowalsky,  
Sandstraße.

## Stadt-Theater.

Sonntag Nachm. 4 Uhr:

Fremden-Vorstellung bei halben Preisen.

## Onkel Bräsig.

Bräsig — Herr Thies.

Abends 7 Uhr.

76. Abonnem.-Vorst. 4. Abthl. Roth.

## Die Meistersinger

von Nürnberg.

Montag, 75. Abonnem.-Vorstell. 8. Abthl. Gelb.

## Die verpönte Glode.

Dienstag: Don Juan.

## Speise-Halle Hansa

Wengstraße 24.

Heute Sonntag: Fleischsuppe mit Nudeln, Ochsen-  
fleisch, Kartoffeln, Sauce, Rotzbeeten.

Morgen Montag: Erbsensuppe, geräuch. Speck,  
Kartoffeln, Sauce, Stedriben.  
Mittageßen von 1/2 12—2 Uhr.



## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus schreibt unser hg. Korrespondent vom 20. d. Mts.: Heute fand die Verdoppelung des Hundertmillionenfonds zur Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen zur Verhandlung. Es gab demgemäß eine Polen-debatte, und der Reichskanzler, Fürst Hohenlohe, eröffnete sie in eigener Person. Er behauptete, daß sich die Vorlage nicht gegen die polnischen Preußen, sondern gegen die gefährliche großpolnische Propaganda richte. Der Redner der Polen, von Jazdzewski, bestritt diese Wirkung des Ansiedlungsgesetzes. Die Regierung gehe offenbar darauf aus, das polnische Element zu unterdrücken; deshalb würden die polnischen Abgeordneten sich an der Weiterberatung der Vorlage gar nicht erst beteiligen, sondern sich auf feierliche Proteste beschränken. Unterstützt wurde das Häuflein der polnischen Abgeordneten vom Zentrum, dessen Redner, Abg. Imwalde, die ablehnende Haltung der Fraktion gegen die Vorlage begründete. Er bezeichnete als Absicht des Entwurfs die Vernichtung des Polenthums. Auf die Seite der Regierung stellte sich, wie nicht anders zu erwarten war, der konservative Abgeordnete von der Heydebrand-Lasa und Herr Camp, der nie fehlen darf, wenn es sich um die Unterstützung einer Regierungsvorlage handelt, während der Abg. Winkel im Namen der freisinnigen Volkspartei die Ablehnung der Vorlage wünschte. Die Debatte, in die die Minister v. Miquel und v. Hammerstein-Loxten eingriffen, endete mit der Verweisung des Entwurfs an die Budgetkommission.

Unsere neuen „Landsleute“ in Kiaotschau mit den langen Bösen und geschliffenen Augen, mit ihrer staunenswerthen Bedürfnislosigkeit, erscheinen den deutschen Agrariern als Retter in der Noth. Es war ja schon früher von agrarischer Seite die Anregung gegeben, chinesische Kulis einzuführen, um dem „Arbeitermangel auf dem Lande“ abzuhelfen, d. h. den Junkern Bedürfnislose und im Lande ohne Recht dastehende Arbeiter zu verschaffen, die sie nach Belieben ausschinden können. Aber bisher wurde nichts daraus, sicherlich nicht deshalb, weil sie sich solcher „unnationalen“ Thaten schämten. Jetzt haben sie in Folge der Erwerbung von Kiaotschau auch nicht einmal mehr den Vorwurf unpatriotischer Gesinnung zu fürchten, denn die Popsträger von Kiaotschau sind ja sozusagen unsere „Landsleute“ geworden. Und mit Vollkraft steuert man jetzt auf die Einfuhr der gelben Lohndrücker los. Im Briefkasten des „Organs für Wohlfahrtspflege auf dem Lande“ findet sich folgende Antwort an einen Administrator bei Potsdam:

„Die Weihnachtszeit hat mir so viel geschäftliche Arbeit gebracht, daß ich zu meinem Bedauern erst heute in der Lage bin, Ihre Briefe vom 25. November und 4. Dezember v. Js. in denen Sie sich so warm für den Import von Chinesen aussprechen, beantworten zu können. — Inzwischen hat ja die Chinesenfrage eine wohl von uns beiden nicht vorhergesehene Wendung genommen; die Bewohner der Kiaotschau-Bai sind — wenigstens pachtweis — unsere Landsleute geworden, und selbst Nothe wird zugehen müssen, daß wir unsere rothhaarige Barbarei nicht so weit treiben dürfen, den neuen Kompatrioten die preussischen Grenzen zu

sperrern. Vielleicht führen uns daher schon unsere heimkehrenden Schiffe die ersten Importen dieser nützeren fleißigen Drachensöhne zu, und da bekanntlich probiren über studiren geht, so möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, den literarischen Austrag der schwebenden Kontroversen bis nach angestellter Probe zu vertagen.“

Wenn die Junker erst diese neuen „Landsleute“, die mit einer Handvoll Meis zufrieden sind, unter der Fuchtel haben, dann wird für sie die soziale Frage gelöst sein. Was aus den deutschen Arbeitern wird — was kümmerl das die „patriotischen“ Großgrundbesitzer! Wenn nur ihr Profit blüht. Die Gefahr der Verchinesung Deutschlands in Folge der ostasiatischen Eroberungspolitik rückt also schon nahe.

Nun die chinesische Anleihe. Das Interesse konzentriert sich jetzt auf die Frage der chinesischen Anleihe. Die Regierungen der einzelnen konkurrierenden Mächte — Rußland, England, Deutschland — wären froh, käme die Anleihe in ihrem Lande zu Stande, da damit große politische Zugeständnisse verbunden sind. Allein die Kapitalisten sind nur dann patriotisch, wenn es sich um das Geld der Arbeiter handelt. Handelt es sich um Staatsausgaben, die aus dem Steuersäckel bestritten werden, der von dem arbeitenden Volke gefüllt wird, dann kennt ihre Kolonialschwärmerei keine Grenzen, — sie versagt aber sofort, verschwindet spurlos, wenn man ihrer eigenen Börse nahetritt. Nicht nur, daß sie keine „Opfer“ bringen wollen, nein, sie müssen bei der Sache Profit haben — das erfordert ihr Patriotismus! Gewiß würde z. B. Deutschland durch die Gewährung der 300 Millionen-Anleihe an China sich mehr kolonialpolitische Vorteile verschaffen, als durch alle Panzerbauten der Tirpitz'schen Marinevorlage, — aber dieselben deutschen Industriemagnaten und Geldkapitalisten, die Jeter-Mordio erheben über die vaterlandlose Sozialdemokratie, die gegen die Marinevorlage stimmt, für die das Volk unwiederbringlich auf einen Wurf über eine halbe Milliarde bewilligen soll, denken auch gar nicht daran, die 300 Millionen Mark leihweise herzugeben, bevor man ihnen nicht die Zinszahlung garantiert hat. Ja noch mehr, dasselbe unpatriotische Gelichter, das soeben im höchsten Brittenhaß wüthete, war bereit, einen gegenüber der deutschen Diplomatie ganz rollenwidrigen Sprung zu machen, indem es fast mit der Londoner Börse sich einigte, um das Risiko der Anleihe zu theilen. Das paßte dem deutschen auswärtigen Amt nämlich wegen Rußland nicht. Denn die Jariße Regierung, die bereits durch die zwei vorherigen relativ viel geringeren chinesischen Anleihen sich die bekannten ungeheuerlichen Vortheile verschafft hat, mochte sich den jetzigen Hauptcoup selbstverständlich nicht entgehen lassen. Aber Väterchen ist ebenso tollfroh, wie bettelarm — in Rußland ist das Geld nicht aufzubringen. Frankreich, der „Busenfreund“, beginnt auch, nachdem die vielen Milliarden geholt wurden, knauserig zu werden. Nachdem die großen Banken die Russenwerthe an den „petit bourgeois“ sehr vortheilhaft abgesetzt haben, lassen sie sich vor der Hand nicht gern in weitere große Geschäfte mit Rußland ein. Denn jedes Ding hat sein Maß, und bis die große koloniale Ernte eingetreten ist, herrscht vorläufig in Rußland Hungersnoth. Es fehlt nur, daß die Kleinbürger, die zahllosen Vertreter der Gattung Gimpel, die sich bis jetzt an den bunten Farben der russischen

Staatscheine erfreuen und in Anbetracht der ansehnlichen Couponbeträge sich für den Baren ebenso begeisterten, wie früher für Monsieur L'Espeps, ein russisches Panama wittern, und die „Russen“ fallen wie Espenlaub. Dennoch würde es der russischen Diplomatie vielleicht doch gelingen, die Anleihe unter Dach und Fach zu bringen — was weiter kommt, macht ihr keine Sorge — aber da traten die Engländer dazwischen und — o Schandthat! setzten den Zinsfuß herab! Sie boten den Chinesen die Anleihe billiger an, und das französisch-russisch-chinesische Geschick zerstückte sich. Die Chinesen verstehen zu rechnen und sie sagten den Russen: Wir wollen gern eure Schuldner sein, aber laßt uns eure Freundschaft nicht theurer bezahlen, als die englische Feindschaft. So ist Väterchen in den Sand gesetzt. Aber auch in England ist die Sache noch nicht abgemacht. Die Londoner City läßt sich zu Extravaganzen ebenso schwer hinreißen, wie die anderen. Die chinesische Anleihe geht seit Jahr und Tag von Hand zu Hand und war bis auf den letzten Augenblick sehr unpopulär. Die Taktik der russischen Diplomatie geht deshalb vorläufig dahin, die Angelegenheit möglichst hinauszuschieben. Es ist ergötzlich, zu sehen, wieviel Mühe sich die russischen Zeitungen geben, China klarzumachen, daß es mit der Anleihe durchaus keine Eile habe. Weßhalb denn auch das Geld borgen? Um den Japanern die Kriegsschuld zu bezahlen? Und diese kaufen dafür Panzerschiffe und bedrohen dann noch mehr das Reich der Mitte. Damit die Japaner Wei-hai-wei räumen? Aber einmal sei es noch fraglich, ob sie es wirklich thun, und dann — giebt denn die Anwesenheit der russischen Kriegsschiffe in Port Arthur China nicht den sichersten Schutz gegen Japan? Daß China am liebsten das ganze Gefindel von sich geschüttelt hätte, kommt dem russischen Offiziosus nicht in den Sinn. Räme nun zwischen der Londoner und Berliner Börse ein Bündniß zu Stande, so wäre dieses Spiel vernichtet. Da es aber durchaus nicht in den Plänen der deutschen Diplomatie liegt, es mit Rußland zu verderben, so beeilte man sich denn in Deutschland, offiziös dreinzufahren. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ erklärte, an eine Garantie der chinesischen Anleihe seitens der deutschen Regierung sei nicht zu denken. In Rußland hat man wohl verstanden, diese That zu würdigen, und ist voll Jubel ob des deutschen Freundschaftsdienstes. Es sieht beinahe so aus, als ob man in Rußland nicht übel Lust hätte, nachdem die französische Pumpe zu vertagen beginnt, es wieder mit Deutschland zu versuchen. Warum denn nicht?

Wird nun die chinesische Anleihe zu Stande kommen? 16 Millionen Pfund Sterling sind für die Londoner Börse eine Lappalie, aber der Coursstand ihres Patriotismus ist, wenn es sich um das Zahlen handelt, ein noch viel niedrigerer. Ohne Staatsgarantie keine chinesische Anleihe!

Wer nun in Deutschland glaubte, der Regierung war es mit ihrem Dementi darum zu thun, die Steuerzahler, welche die eigentlichen Bürgen jeder staatlichen Garantie sind, zu beruhigen, ersieht jedenfalls aus dieser kurzen Geschichtsdarstellung, daß der Grund der raschen Handlung ganz anderswo zu suchen ist. Danach ist das Dementi zu beurtheilen. So resolut es klingt, so ist doch keine Gewähr dafür vorhanden, daß dieselbe Regierung kurze Zeit später die Anleihe pouffiert und ihr die Staatsgarantie verschafft, wenn es sich um ein Zusammengehen mit Rußland handelt.

## Der Kampf um eine Million.

Roman aus dem New-Yorker Leben.

Frei nach dem Amerikanischen.

Von Erich Friesen.

(18. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Ein kräftiger Einsatz der Orchestermusik von der Arena her zeigt an, daß die Pause vorbei ist.

„Na, wie steht's mit uns, Bobby?“ fragt Frau Forster anscheinend leichtthin.

„Wollen ins Bureau hinunter gehen und sofort Contract machen. Wie, Fräulein Douglas?“

Irene nickt.

Ihre Gedanken weilen noch immer bei den Pferden und die rauschende Musik da drinnen erhöht noch ihre Erregung.

Im Bureau herrscht eine geniale Unordnung. Ein Tisch, zwei Stühle, eine Unmasse Photographien, Programme, Pferdebilder, Trachtenzeichnungen, Selterwasserflaschen, halbleere Gläser, Rechnungen, Briefe, Karten — Alles durcheinander.

Der Direktor bietet den Damen die beiden Stühle an. Doch nur Irene nimmt Platz; Frau Forster setzt sich auf die Kante des Tisches und bedeutet Herrn Fulton, den andern Stuhl zu benutzen.

Ein Hin und Her wegen des Contracts — für Irene gänzlich unverständlich — folgt. Ihr Kopf ist ganz wüßig von all den Eindrücken und der unbekanntem Zukunft, die sich ihr hier im Circus eröffnen soll.

Sie nickt nur schweigend, wenn Frau Forster liebevoll sagt: „Nicht wahr mein Kind, Du bist damit ein-

verstanden?“ oder „wollen wir nicht lieber so machen, Viola?“

Frau Forster hingegen zeigt sich jetzt, da sie sich in ihrem eigensten Element befindet, genau so schlau und gerieben wie der Direktor selbst.

Sie vergißt nichts beim Aufstellen des Contractes, verlangt „eigenes Ankleidezimmer“, „Benefiz“ zc. . . . Dann unterzeichnet sie den Contract gleichzeitig in Irene's Namen.

„Montag früh erwarte ich Sie, Fräulein Douglas,“ sagt der Direktor freundlich zu Irene, nachdem er Frau Forster den Contract eingehändigt hat. „Will Sie dann mit Allem bekannt machen — Pferden, Colleginnen, Einrichtungen zc.“

„Sie sind sehr gütig,“ entgegnet Irene schüchtern. „Sie werden mich für recht dumm halten.“

Ein leises Lächeln fliegt über die kräftigen Züge des Mannes.

„Hätt Sie nicht engagirt, wenn ich Sie für dumm hielt. Und —“ er dämpft seine Stimme und macht eine bedeutame Geste nach der etwas vorausschreitenden Frau Forster hin — „vor allen Dingen hätte ich mir Lotto nicht wieder aufgeholt, wenn ich nicht bestimmt annehme, daß Sie den Streich nett machen werden. . . Guten Abend, meine Damen!“

Frau Forster und Irene suchen nicht wieder ihre Loge auf. Erstere hat ihren Zweck erreicht und will schlafen gehen.

Am folgenden Morgen steigen bei Irene beunruhigende Gedanken auf. Wie, wenn man sie in der Arena sehe und erkenne und die alte Verfolgung begänne von Neuem?

Sie theilt Frau Forster ihre Bedenken mit. Doch diese steckt schon wieder voller Leichtsin. Lachend wehrt sie ab.

„Unfinn, Kleine! Wer wird uns im Circus suchen! Ebenso gut könnte man uns auf der Straße erkennen. Wir werden uns doch nicht einsperren! Und wenn mal Jemand in den Circus kommt, wird er nicht aus einer Zwanzig-Dollar-Loge mit dem Opernglas nach uns gucken. Von der Gallerie aus erkennt selbst mich kein Mensch. Und bild Dir nur nicht ein, weil der dumme Bobby Dir Honig um den Mund schmirt, wärst Du was Besonderes. Du bist in der Masse nichts anders, wie eine Stecknadel im Kleid.“

Und wirklich — Frau Forster versteht es, Irene's Bedenken völlig zu zerstreuen. Das Mädchen ist voller Erwartung und Aufregung. . . . Wenn es nur erst Montag wäre!

### XI.

Endlich ist er da, der wichtige Tag. Genau zur angegebenen Minute steht Irene vor dem Circusgebäude, um an der ersten Probe theilzunehmen.

Noch im Zweifel, zu welcher der vielen kleinen Thüren sie eintreten soll, hört sie plötzlich eine familiäre Stimme neben sich:

„Na, wie geht's Kleine?“  
Zugleich klopf ihr Jemand kameradschaftlich auf die Schulter.

Unwillig drht sie sich um.  
Ein gewöhnlich aussehender Mann in Kniehosen, lächerlich kurzem Jacket und derben Stiefeln steht vor ihr. Zuerst erkennt sie ihn nicht. Doch als er ihr lachend die Hand entgegenstreckt und guthmüthig fragt: „Hab'



Der sächsische Landtag verhandelte am Dienstag über die Interpellation Goldstein u. Gen. über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes seitens der Unterbehörden. Der Minister des Innern hatte am 30. Nov. 1897 gegenüber von Bemerkungen unserer Genossen Seiffert und Hofmann erklärt, daß die bloße Anmeldung eines sozialdemokratischen Redners als Referent kein sachhaltiger Grund zu einem Versammlungsverbot sei, ebenso sei die vorherige Nennung des Referenten nicht erforderlich. Gleichwohl sind nach Erlaß dieser Erklärung wieder mehrere Versammlungen aus den vorgenannten Gründen verboten worden; deshalb die Interpellation. Goldstein begründete die Interpellation unter Vorführung des zu Grunde liegenden Materials. Der Minister möge eine befriedigende Erklärung geben, wie er seinen Maßnahmen bei den Unterbehörden Geltung verschaffen wolle. Minister v. Mersch gab einen Auszug aus der Verordnung vom 5. Juli vorigen Jahres, die seiner damaligen Erklärung zu Grunde lag und laut welcher „in erkennbarer Weise zum Ausdruck gebracht worden oder mit Sicherheit anzunehmen sein“ muß, daß in der Versammlung die Gesetze verletzt werden sollen, ehe die Versammlung verboten werden kann. Der Ueberwachende, der dem Abg. Hofmann in der Versammlung zu Harau bei Willkau das Wort nicht gestattete und sich hierbei ausdrücklich auf die „Instruktion“ seiner vorgesetzten Behörde bezog, sei nur einer „irrhümlichen Auffassung“ schuldig. Die Untersuchung in dieser Sache Schwebe noch, deshalb könne er nicht weiter darauf eingehen. Anders liege die Sache im Falle des Redakteurs Frehse. Frehse habe in einer früheren Versammlung über die Aenderung des Landtags-Wahlrechts geäußert: König und Abgeordnete hätten zwar den Eid auf die Verfassung geleistet, aber die Verfassung sei doch nur dazu da, um verletzt zu werden. Frehse sei deshalb wegen Majestätsbeleidigung in Untersuchung gezogen, aber freigesprochen worden, weil die Äußerung nicht zweifellos habe festgestellt werden können. Bei solcher Anschauung eines Referenten sei die Befürchtung doch nicht ganz ungerechtfertigt gewesen, daß Frehse die Gesetze habe verletzen wollen, er könne deshalb einen Widerspruch mit seiner Verordnung nicht finden. Die Sozialdemokratie nehme die Staatsautorität nur dann in Anspruch, wenn dieselbe ihrer Agitation dienen solle, sonst nicht; das sei aber ein innerer Widerspruch und die Sozialdemokratie habe deshalb die Konsequenzen zu tragen. Der Antrag auf Beiprägung wird seitens der Nationalliberalen und Fortschrittler mit unterstützt. Goldstein ging dann näher auf die Erklärung des Ministers ein und zerpflückte dieselbe nach allen Richtungen. Die Behörden hätten im Falle Hofmann direkt der ministeriellen Verordnung zuwidergehandelt, und bei Frehse sei doch die Unschuld durch die gerichtliche Untersuchung festgestellt worden. Erst nachdem die sozialdemokratische Fraktion diese Interpellation eingebracht, habe man ihn letzten Sonntag im selben Saal sprechen lassen, und es sei nichts Gesehwidriges passiert. Das beweise zur Genüge die Unhaltbarkeit jenes Versammlungsverbots. Die Reden des Ministers, daß die Sozialdemokratie unter Umständen anders zu behandeln sei, als andere Parteien, seien Schuld an diesen Zuständen. Der Minister decke stets seine Beamten und setze alle Pflichtverletzungen nur als Irrthümer an, und darum trete eine Besserung nicht ein. Alle Gesellschaftsgruppen könnten sich ungehindert besprechen, dem Arbeiter aber werde sein Koalitionsrecht beschnitten; man solle doch nicht so empfindlich sein. In Zwickau habe man sogar Versammlungen, welche gegen die geplante Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechts protestieren sollten, verboten, u. A. auch wegen des „gehässigen Tones der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtage“; das gehe doch zu weit. Goldstein bringt noch weitere rigorose Verbotsbegründungen zur Sprache. Auf die vom Minister verheißene Remedur in den ein-

zelnen Fällen sei kein besonderer Werth zu legen; er solle ein für allemal das durch die Verfassung garantierte Versammlungsrecht energisch gegen die Behörden in Schutz nehmen. Man solle nicht nur den Beamten, sondern auch der Bevölkerung für etwaige „Irrthümer“ mildernde Umstände zubilligen. Minister v. Mersch erklärte darauf, die Sozialdemokraten hätten kein Recht, sich mit den Arbeitern zu identifizieren. Fräyhof (SD.): Die Reichstagswahlen würden dem Minister beweisen, daß die Arbeiter hinter der Sozialdemokratie stehen. Die Partei unterstütze überall die Staatsautorität, wo sie das Gemeinwohl vertritt, wo sie aber lediglich die Interessen der Besitzenden schütze, werde man sie zu untergraben suchen. Grünberg (SD.) bringt weitere Beschwerden vor. Das Ministerium Mersch untergrabe durch sein Verhalten gegenüber dem Volke seine Autorität selbst. In Sachsen sei Alles möglich, nur keine Gerechtigkeit. (Ordnungsruf.) Die weitere Aussprache seitens unserer Genossen wird durch einen Schlussantrag abgebrochen; von den „Ordnungsparteien“ nahm kein Redner das Wort.

### Schweiz.

**Wahltag.** In Winterthur (Kanton Zürich) hat die sozialdemokratische Partei am Sonntag bei einer Nachwahl für einen verstorbenen Liberalen abermals einen schönen Sieg errungen, indem ihr Kandidat, der Genosse Durmann, mit 1437 Stimmen gegen 1329, wovon 1185 auf den liberalen Kandidaten, Redakteur Dr. Welli, fielen, gesiegt hat. Das ist der dritte Sieg, den die Sozialdemokraten seit drei Jahren den Liberalen und Demokraten abgenommen haben und womit sie jetzt 18 auf 45 haben. Die Liberalen sind wütend und befürchten bereits, daß bei den Neuwahlen im Frühjahr die Sozialdemokraten das Stadthaus erobern werden, weshalb sie à la Miquel zur Sammlung aller bürgerlichen Elemente blasen. Diese Befürchtung dürfte sich übrigens als unbegründet erweisen.

### Soziales und Partei-Leben.

**Das Ende des Achtstundenkampfes der englischen Maschinenbauer.** Das „Hamb. Echo“ erhält folgenden Brief:

London, 17. Januar 1898.

Werthe Genossen!

Von unserem Freund Genossen Barnes (Sekretär der Amalgamated Society of Engineers) werde ich aufgefordert, Ihnen Lesern mitzutheilen, daß das zusammengekehrte Komitee derjenigen Trade Unions, welche direkt in den den Arbeitern durch den Arbeitgeberverband aufgezwungenen Lock-out verwickelt sind, beschlossen hat, die von den Arbeitern dreier Londoner Firmen gestellte Forderung des Achtstundentages zurückzuziehen, und da das kombinierte Komitee so beschlossen hat, mußten die Maschinenbauer diese Entscheidung akzeptieren.

Obgleich dies thatsächlich das Ende des Lock-outs bedeutet, bedeutet es ebenso für noch eine lange Zeit Arbeitslosigkeit, besonders da die Unternehmer entschlossen sind, ihre Position möglichst auszunutzen, daß sie mit genauer Noth den Erfolg erzielen, wird sie um so rachsüchtiger machen. Wir tabeln sie darum nicht; sie handeln für ihr Klasseninteresse, wie wir für das unsere. Doch Hilfe ist jetzt dringender nötig als je, sollen nicht die englischen Arbeiter zu dem herabgedrückten werden, was nach Stumm-Carnegie-Dyer-Siemens'schem Ideal der Arbeiter sein sollte.

„Uebermitteln Sie unseren tiefgefühlten Dank,“ schreibt mir Barnes im Namen seiner Gewerkschaft, „unseren Brüdern auf dem Kontinent für ihren glänzenden Beistand während der langen Periode unserer Kämpfe und Leiden. Einzelheiten werden später übermittelt werden.“

Nach zehn Minuten schon steht Irene in der Arena. Grau und öde erscheint der kolossale Raum; durch die Glaskuppel in der Mitte des Circus bringt nur gedämpftes Tageslicht. Dichte Staubwolken wirbeln hie und da auf und zeigen, wie eifrig im Zuschauerraum gefegt und gebürstet wird. Monotoner Gesang ertönt von der Gallerie herunter. . . Im Orchester sitzen drei Musiker; der eine wiederholt beständig einen besonders schweren Lauf aus „Dinorah“, . . . Lautes Lachen erschallt von einer anderen Seite her. . .

Mitten in der Arena stehen sechs oder sieben Herren und Damen — letztere in aufgeschürzten Straßenkleidern. „Warum haben Sie noch nicht angefangen? Worauf warten Sie, Hemmings?“ donnert Herr Fulton hinunter. „Quadrille ist nicht vollzählig, Herr Direktor. Warten auf Madame d'Esterre“, ruft der Mann zurück.

„Fängt gut an!“ murmelt der Direktor in den Bart hinein. „Ist Lotto nicht mit Ihnen gekommen, Fräulein Douglas?“

„Nein, Herr Direktor. Sie war noch nicht fertig. Und ich wollte Sie nicht warten lassen.“

„Brav, Kleine! Apropos — kennen Sie Lotto schon lange?“

„Nein, noch nicht sehr lange.“

„Aber ich, Kind! Sie ist ein gefährliches Weib. Lassen Sie sich von mir warnen!“

„Ich bin ihr zu großem Dank verpflichtet, Herr Direktor. Ich kann sie niemals für das entschädigen, was sie an mir gethan hat.“

„Thut mir leid für Sie, Kind, sehr leid!“ brummt Fulton. „Machen Sie, daß Sie sie los werden — um jeden Preis!“

Dieser Kampf ist ein heroischer gewesen und wird zu den großen Schlachten der Welt gezählt werden. Und es giebt Sachen, die keine Niederlage erleiden können und dies ist eine davon. Denn dieser Kampf war einzig eine Phase in der großen, allgemeinen Klassenbewegung der Arbeiter. Wir können nicht geschlagen werden. Aber wir haben unsere Verwundeten, wofür zu sorgen ist. Die Lazarethe und Spitäler der Arbeit werden auf lange Zeit hinaus gefüllt sein. Darf ich um Hilfe bitten für diese braven Kämpfer, die für unsere Sache verwundet worden?  
Ihre  
Eleanor Marx-Aveling

### Überd und Nachbargebiete.

22. Januar.

Aus dem Bäckergerwebe. Unsere vor einigen Tagen im Anschluß an Gewerbegerichtsverhandlungen über die Zustände im Bäckergerwebe gemachten durchaus sachlichen Auslassungen scheinen an einer gewissen Stelle arg verknüpft zu haben. Auf der Gabelwiese der „E. B.“ lesen wir nachstehendes Eingefandte:

Zur Wahrung des Bäckerhandwerks!  
Der Artikel im hiesigen sozialdem. Organ „Aus dem Gewerbegericht“ giebt mir Veranlassung zur Wahrung der Interessen des Bäckerhandwerks einige Zeilen zu schreiben. Hat es doch durch Verordnungen, wie diejenige über den Maximalarbeitsstag oder diejenige des hiesigen Senats für die hiesigen Bäcker, welche kurz vor Weihnachten erlassen wurde, den Anschein gewonnen, als wenn in unserm Handwerk durchweg geradezu barbarische Zustände herrschen. Ernüchtert durch obige Verordnungen versucht es seit Langem die Sozialdemokratie, Uebertriebenes und Entstelltes über unser Handwerk, auch in Bezug auf die Behandlung unserer Leute an den Tag zu fördern, meist aus Verdruss darüber, daß unsere Gesellen und Lehrlinge noch bei uns Kost und Logis genießen und es den Agitatoren dadurch schwer gemacht wird, dieselben in ihrem Sinne „politisch“ zu verarbeiten. Daß unseren Leuten an der Bevormundung ihrerseits nichts gelegen ist, zeigt deutlich die Theilnahme an vorjährigem Volksfestzug und an einem Sommerfest gemeinschaftlich mit den Meistern, sowie die Schaffung eines müßiggängigen Sprech- und Herbergvereins ohne jegliche Theilnahme von Seiten des Fachvereins. Die Herren aus letzterem Verein sind uns deshalb nicht gut gekommen, und so fasse ich den Schluß-Artikel als in diesem Sinne abgefaßt auf. Ich nehme an, daß die Angabe von 4 Streikigkeiten zwischen Bäckermeistern und Knechten in benanntem Artikel nicht aus bösem Herzen kommt, sondern daß sie nur auf grobem Irrthum beruht: es handelt sich nämlich in 3 Fällen um Streikigkeiten mit Gesellen, und nur in einem mit einem Knecht. Was die gute Kundschafft anbelangt, so kann als Folge dieser Verhandlung festgestellt werden, daß die Leute häufig in recht leichtsinniger Weise eine Klage anhängig machen. In allen 4 Fällen waren die Gesellen, resp. der Knecht Kläger. Davon sind 3 mit der Klage abgewiesen und in einem Falle kam es vorher zum Vergleich. Selbstverständlich ist es den Meistern, die doch hier anständig sind, viel unangenehmer, vor dem Gewerbegericht erscheinen zu müssen, selbst wenn ihnen Recht zugesprochen wird, als den meist hier fremden Gesellen. Natürlich wird man dann wohl ärgerlich dabei, wenn man seine gute Zeit so unnütz vergeudet sieht. Daher ist es selbstverständlich, daß die Herren Kollegen sich aufgetreten“ sind. Zum Schluß möchte ich mich noch mit dem Lohn des Knechtes beschäftigen. Der betreffende Knecht schien nämlich geistig sehr beschränkt, so daß er nicht im Stande war, die Worte des Vorsitzenden, der sich in sehr auferkennenswerther Weise mit dem Kläger abmühte, zu begreifen. Man merkte deutlich, daß derselbe nur auf Anstiften irgend eines guten Freundes gelangt hatte, ohne recht zu wissen, um was. Nebenbei war er noch so wenig mannhaltig (im Anfang der zwanziger Jahre), daß er zu wernern anfang. Da wird mir doch wohl jeder verständige Mensch beipflichten, daß für ihn ein Jahreslohn von 48 Thalern sehr anständig ist neben freier Kost und freiem Logis. Statt solcher Menschen noch in seiner Unzufriedenheit zu bestärken, wäre es wohl Sache eines ehrlich denkenden Mannes, ihn zu ermahnen, zuerst seinem Herrn zu zeigen, daß er brauchbar und zuverlässig ist (er war nämlich eine Nacht durchgebrannt), dann wird sich auch wohl irgend eine Stelle finden, wo er mehr verdienen kann; denn ordentliche Leute werden noch immer anständig bezahlt.

Auch ein Augenzeuge.

Da haben wir's! Der Bäckermeister ganzer Jammer schwarz auf weiß! Der Herr, welcher obigen rührseligen Artikel verbrochen hat, weiß offenbar garnicht, wie sehr er am Ziel vorbeischießt. Possirlich ist, wie er sich an den kleinen Irrthum anklammert, der uns unterlief, als wir schrieben: 4 Knechte statt 3 Gesellen und 1 Knecht.

Betrübt schüttelt Irene den Kopf. Jedermann spricht schlecht von Frau Forster. Und das Schlimmste ist, daß Irene jetzt selbst manchmal anfängt, an der Freundin zu zweifeln. Der Charakter derselben erscheint ihr plötzlich genau so leer und erkünstelt, wie das Innere des Circus bei Tage. . .

Die letzte halbe Stunde hat eine gute Portion Illusionen in dem jugendlichen Mädchenherzen zerstört. Irene beginnt zu begreifen, daß man Menschen und Dinge weniger durch die rosigte Brille seiner eigenen Sympathien, als durch das klare Glas des Verstandes sehen darf.

Ein Schimmel wird herbeigeführt.

„Steigen Sie auf, Fräulein Douglas!“ befehlt Fulton. „Mignon ist ein gutes Thier.“

Schon beim ersten Mundritt durch die Arena vergißt Irene alle trüben Gedanken. Der Direktor bleibt an ihrer Seite und giebt ihr allerhand Anweisungen.

„Blicken Sie in den Zuschauerraum, nicht gradeaus! Bügel nicht so straff! So ist's recht! . . . Da hinten an der Barriere ist der Start. Wenn wir dort angelangt sind, lassen Sie Ihr Pferd laufen! . . . Dreimal herum! Und halten Sie sich mehr nach der Mitte zu! . . . So — los!“

In rasendem Galopp jagt Mignon davon. Irene's Wangen glähen. Rascher kreist ihr Blut. Noch niemals früher hat sie solch ein Tempo gewagt. Aber hier in der Arena — hier erscheint es ihr, als ob sie Alles wagen könne, als gebe es gar keine Unmöglichkeit. . .

(Fortsetzung folgt.)

ich Sie erschreckt, Fräulein Douglas?“ — da weiß sie, wen sie vor sich hat.

„Herr Direktor!“ ruft sie verwundert. „Ja, ja, bei der Arbeit sieht man anders aus, wie Abends im Frack, Lack und Claque!“ lacht er. „Na, nun kommen Sie mal mit!“

Er reicht ihr den Arm und geleitet sie durch die engen, dunklen Gänge, in denen sie sich allein nie zurecht gefunden hätte. Hier wird ein Pferd gestriegelt, dort ein Kleidungsstück gebürstet; hier versperrt eine „Hinderriß-Barrier“ den Weg, dort muß man mit zusammengegrasteten Rücken über eine große Wasserlache nebst Eimer und Aufsichtschrubber springen. Wirres Durcheinander von allen möglichen Geräuschen: Stampfen, Wiehern, Bürsten, Pfeifen, Lachen; sogar ein paar Flöten und Posauern stolpern über ihre Läufe und Coloraturen.

„Ihre Garderobe ist Nr. 6 . . . So, hier! Legen Sie Hut und Umhang ab! Werb' Ihnen inzwischen Reitzzeug holen.“

Damit öffnet Direktor Fulton eine kleine Thür und zieht sich zurück.

Irene tritt ein. Das Zimmer ist schmal und niedrig. Tisch, Spiegel, Waschoilette, Kleiderrechen und zwei Stühle bilden sein ganzes Möblement. Voll Verwunderung blickt Irene auf die vielen Puderfächeln und Schminktöpfe und Fläschchen jeder Art, welche den kleinen Tisch fast ganz bedecken.

Raum hat sie Hut und Jacke abgelegt, so tritt auch der Direktor wieder ein — ganz formlos, ohne anzuklopfen.

„Hier haben Sie Ihr Zeug! Ziehen Sie sich schnell um! Ich erwarte Sie unten.“



Wir legen doch kein Gewicht auf die Charge der Kläger, sondern darauf, daß sie dem Bäckergerwerbe angehört. Das ist das Bezeichnende! Denn prozentual ist dieses an der Anspruchnahme des Gewerbegerichts außergewöhnlich stark beteiligt. Wir geben offen zu, daß manche Klage unüberlegt, mag sein auch leichtsinnig, anhängig gemacht wird. Das wissen wir vielleicht noch etwas besser, als der geehrte Augenzeuge. Doch woher rührt das? Nun, das haben wir schon oft gesagt: es ist die unabweisliche Folge der unhaltbaren Zustände im Bäckergerwerbe, der übermäßig langen Arbeitszeit und des Kost- und Logiswesens, durch welche der Bäckerarbeiter von der Welt sozusagen hermetisch abgeschlossen wird, es ist die Folge davon, daß diese Arbeiterkategorie keine gute Organisation besitzt und sich vielfach Hand in Hand mit der verehrlichen Meisterchaft an allerlei zwecklosen Veranstaltungen beteiligt, anstatt sich um ernste Dinge zu kümmern, anstatt die Gesetze zu studieren, die zu ihrem eigenen Nutzen und Schutze erlassen sind, anstatt sich politisch aufzuklären. Die organisierten Arbeiter wissen durchweg ganz genau, welche Rechte und Pflichten die Gewerbe-Ordnung ihnen gewährt, und wo sie noch im Unklaren sind, steht ihnen zuverlässiger und unentgeltlicher Rath zur Verfügung. Deshalb erscheinen sie selten mit unmotivierten Klagen vor dem Gericht. Und sie ventilieren auch schon den Plan der Errichtung eines Arbeitersekretariats, welches nach dieser Richtung hin noch weiter segensreich wirken würde und hoffentlich perfekt wird. Ganz anders die unorganisierten resp. unter Aufsicht der Meister organisierten Arbeiter! Sie wissen durchweg nicht in den einfachsten Fragen Bescheid und machen deshalb oft zum eigenen Schaden die größten Dummheiten. Diese Erfahrung machen wir fast täglich, wie wir denn überhaupt zur Beurteilung derartiger Dinge wohl etwas mehr kompetent sein dürften, als der „Augenzeuge“. Erscheinen solche Leute bei uns, — und das geschieht sehr häufig — dann rathen wir ihnen stets von nutzlosen Klagen ab und geben ihnen Verhaltungsmaßregeln für die Zukunft. Ob das auch seitens der Herren Bäckermeister geschieht, — steht auf einem anderen Blatte geschrieben. Wenn dann zu Beginn des „Eingefandts“ behauptet wird, daß wir Uebertriebenes und Entstelltes über das Bäckerhandwerk an den Tag zu fördern suchten und unser letzter Artikel ein „Schmäharikel“ genannt wird, so wäre es doch wohl anpassend gewesen, Beweise dafür zu liefern. Wir haben die vorkommenden Fragen stets mit aller Ruhe behandelt. Wir haben auch mit dem Leiter der Bäckerinnung persönlich in durchaus angemessener Weise über die hier aufgeworfenen Thematik diskutiert, wie die betr. Berichte unseres Blattes ausweisen. Aber gewisse Leute lieben es, jede Konstatierung ihnen unangenehmer Thatsachen ein Schmähung zu nennen, wie ja auch der sittlich entrüstete Verfasser des Eingefandts sehr keck in seinen Behauptungen. Was das mustergheltige Sprechwesen anlangt, so wollen wir kein Wort darauf verwenden. Herr Obermeister Michael selbst hat das Zustandekommen desselben so treffend kritisiert, daß wir jeglicher Mühe überhoben sind. Wenn schließlich der „Augenzeuge“ einen Lohn von 3 Mark bei Kost und Logis als sehr anständig zu bezeichnen wagt, so bewundern wir lediglich seinen Mut. Darüber läßt sich mit Bäckermeistern eben nicht diskutieren. Die Auslassung aber haben wir vollinhaltlich wiedergegeben, diweil sie gutes Wasser auf unsere Mühle liefert. Mehr her!

**Travemünde.** Zur Richtigkeit. Der Arbeiter, welcher sich dieser Tage erhängte, wurde nicht von Herrn Schmiedemeister Brockmann gefunden, sondern war bei diesem früher beschäftigt. Wie unser D-Korrespondent mittheilt, soll er Geld, welches er zum Bezahlen von Rechnungen von seinem Arbeitgeber erhalten hatte, unterschlagen und in Getränke umgesetzt haben. Neujahr wurden die Rechnungen abermals präsentiert und so kam die Sache an das Tagelicht.

**Hamburg.** Der Bericht der Senatskommission für die Prüfung der Arbeitsverhältnisse im Hamburger Hafen ist soeben im Verlage von Lucas Grafe und Sille selbst erschienen. Der Bericht umfaßt 215 Seiten mit 6 Tafeln, 1 Karte und 39 Anlagen. Nach einer Einleitung folgen die Ergebnisse der Verhandlungen, betr. Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsvermittlung, Lohnauszahlung, Betriebs-einrichtungen, Hafeninspektion, Führerverbindung, Bezug von Lebensmitteln im Hafen. Hieran schließen sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der einzelnen Arbeitsgruppen: Schauerleute (Stückgut-, sonstige Tagelohn- und Affordarbeit), Getreideschauerleute, Kohlenchauerleute und Eisenaffordarbeiter, ferner Ewerführer, Staatskaiarbeiter, Kaiarbeiter der Hamburg-Amerika-Linie, Speicherarbeiter, Kohlenarbeiter, Getreidearbeiter, Schiffsmaler, Schiffs-reiniger, Kesselreiniger, Maschinenisten auf Hafendampfern und Seeleute. Den Schluß bildet eine Arbeits- und Lohnstatistik. Die Protokolle über die Vernehmung von Arbeitgeber und Arbeitnehmern befinden sich im Druck und werden demnächst erscheinen.

## Aus Nah und Fern.

**Neugefallene Gesellschaftsretter.** Die Straf- und Entschädigungsklagen, die der Bäckermeister P e z o l d in L ö b t a u angehängt hatte, fanden vor dem Amtsgericht I in Berlin ihren Abschluß. Bekanntlich hatte P e z o l d vor der Reichskommission für Arbeiterstatistik den Beweis geführt, daß ein Bäckermeister bei zehnstündiger Arbeitszeit gut bestehen, ja eine Menge Geld verdienen könnte. Die Anhänger der unbegrenzten Gesellenausbeutung waren ihm bald deshalb sehr böse, und sie begrüßten es mit Freuden, als die „Bäcker-Zeitung“ Anfangs März 1896 berichtete, P e z o l d wäre flüchtig geworden, hätte seine

Mehrechnungen nicht bezahlt und namentlich die sozialdemokratischen Genossen hinzugelegt. Leider war die Freude nur kurz, denn gleich darauf mußten dieses Blatt und alle, die es nachgedruckt hatten, berichten, daß kein Wort an der Sache wahr sei. Der Schaden, den P e z o l d davon gehabt hatte, war freilich trotzdem enorm. Es wurden ihm alle längeren Mehrlieferungsabschlüsse gekündigt, und es gelang ihm nur schwer, wieder Geschäftsverbindungen anzuknüpfen, denn Niemand wollte glauben, daß nicht doch etwas Wahres dahinter gesteckt habe. Namentlich sah sich P e z o l d genöthigt, das Mehl, das er zu geringem Preise in großen Posten bestellt hatte, zu weit höherem Preise in kleinen Posten einzukaufen. P e z o l d klagte deshalb zunächst gegen den Redakteur der „Bäcker-Zeitung“, Bäckermeister P ä r s c h, und dieser zahlte ihm im Vergleichsweg eine Buße von 1000 Mark. Dabei wurde aber auch die Quelle des Gerüchtes ermittelt, und es wurde festgestellt, daß der Hof-Bäckermeister A d a m in Dresden die Geschichte von P e z o l d's Flucht an den Obermeister V e r n a r d in Berlin geschrieben, und daß dieser sie in die Presse gebracht hatte. Da die 1000 Mk. noch nicht entfernt P e z o l d's Schaden deckten, nahm er auch Adam und Bernhard noch in Anspruch. Im Termine vor dem Schöffengerichte wurde auch diese Sache durch Vergleich erledigt; Adam und Bernhard zahlten zusammen noch 2000 Entschädigung und trugen alle Kosten. Sie sind immer noch gut weggekommen. Wieviel Jahre Gefängniß würden wohl gegen sozialdemokratische Redakteure und Agitatoren erkannt worden sein, die frivol genug gewesen wären, ein ähnliches unverbürgtes Gerücht über einen konservativen Unternehmer zu verbreiten und dadurch seine geschäftliche Stellung zu gefährden, namentlich im gelobten Sachsen!

**Zu Sachen des groben Unfugs** ist am Wunderbaum deutscher Juristil ein neues Witzlein entstanden. Es handelt sich um die famose Verurteilung des Bürgermeisters von Schleuditz, nach welcher man sich Sonntags nur in „besseren“ Kleidung auf der Straße sehen lassen darf. Der Geschirrführer Engelmann hat Sonntags bei seinem Herrn, dem Fuhrwerksbesitzer Winkler, die Wagen vorzurichten, den Stall auszumisten usw.; daß er dabei keine Solontkleider verwenden kann, ist wohl denkbar. Er ging dann Mittags nach Hause und wollte sich andere Kleider anziehen. Aber da traf ihn das Geschick, er wurde vom Bürgermeister notirt und erhielt ein Strafmandat von 1,50 Mk. Hiergegen legte er Verfassung ein und das Schöffengericht zu Schleuditz erkannte folgendermaßen: Durch Strafverfügung der Polizeiverwaltung zu Schleuditz vom 14. Oktober 1897 ist gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 1,50 Mk. festgesetzt worden, weil er am 10. desselben Monats, Mittags 1 1/2 Uhr, groben Unfug verübt habe, indem er trotz Verwarnung die Hallestraße in auffällig zerrissener Kleidung passierte und dadurch Anstand und Sitte verletzete. Der Angeklagte giebt zu, in seinem Arbeitsanfrage durch die Straße gegangen zu sein, weil er von seinem Sonntagsbienste — Pferdesüttern und Wagenreinigen — gekommen sei, um nach Hause zu gehen. Er habe sich vorher noch etwas kaufen wollen, weil später wegen der Sonntagsruhe die Geschäfte geschlossen sind. Der eidlich vernommene Polizeiwachtmeister Schlegel hat den Angeklagten auf der Straße getroffen. Angeklagter trug Holzpantoffeln, Strümpfe, die so zerrissen waren, daß man die bloßen Füße sah, schmucklose Hosen, eine wollene Jacke, die an den Ellenbogen zerrissen war, und ein auffallendes rothes Halstuch. Zeuge machte den Angeklagten darauf aufmerksam, daß er auf einem kürzeren Wege, um die Stadt herum, nach Hause gelangen könne, und begleitete ihn dorthin. Seine Mutter hat ihre Entrüstung darüber ausgesprochen, daß der Angeklagte am Sonntage solchen Anzug trug. In dieser Handlungsweise des Angeklagten ist ein grober Unfug zu finden. Bekanntlich ist es ein allgemeiner Gebrauch, daß Jedermann Sonntags seine bessere Kleidung anlegt und sich zu putzen pflegt. Der beschriebene Anzug des Angeklagten ist so schlecht gewesen, daß er auf der Straße auffallen mußte, und daß jeder anständige Mensch, der ihn zu Gesicht bekam, unangenehm berührt wurde. Der Angeklagte hat damit die öffentliche Ordnung der Allgemeinheit gestört. (1) Hiernach ist als festgesetzt angenommen worden, daß der Angeklagte am Sonntag, den 10. Oktober 1897, zu Schleuditz durch Tragen einer auffallend schlechten Kleidung groben Unfug verübt hat. Der Angeklagte ist deshalb nach § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuches zu bestrafen, wonach die erkannte Strafe angemessen erscheint. Die Kosten fallen dem Angeklagten nach § 497 der Strafprozessordnung zur Last.

**Ein Gegenstück zum Prozeß Dreyfus.** Im Sprechsaal der Londoner „Times“ weist ein satirischer Einsender auf eine große Ähnlichkeit hin, die zwischen dem Systeme der französischen Kriegsgerichte und einer Gerichtsverhandlung in dem englischen Märchen „Alice im Wunderland“ obwaltet. Im zwölften Kapitel der Dichtung heißt es:

„Der König erblickte. Er klappete sein Notizbuch zu und sprach mit bebender Stimme zu den Geschworenen: „Ueberlegt Euer Verdikt.“

Da sprang das Weiße Karnickel mit einem Satz empor und rief:

„Das kann jetzt mit mehr Sicherheit geschehen, Eure Majestät; denn dieses Schriftstück ward soeben aufgegriffen.“

Die Königin fragte: „Was steht drin?“ „Ich habe es noch nicht geöffnet,“ sagte das Weiße Karnickel, „aber es scheint ein Brief zu sein, den der Gefangene an Jemanden geschrieben hat.“

„Es muß wohl so sein,“ sagte der König, „ich weiß, es ist nicht üblich, einen Brief an Niemanden zu richten.“

„An wen ist er adressirt?“ fragte ein Geschworener.

„Er ist überhaupt nicht adressirt,“ sagte das Weiße Karnickel, „es steht thatsächlich nichts auf der Rückseite.“

Dabei entfaltete er das Papier und fügte hinzu: „Uebrigens ist es gar kein Brief, es sind Verse.“

„Ist es die Handschrift des Gefangenen?“ fragte ein zweiter Geschworener.

„Nein,“ sagte das Weiße Karnickel, „die ist es nicht, und das ist gerade das Verhängliche an der Sache.“

Bestürzung spiegelte sich in den Mienen der Geschworenen.

„Er muß die Handschrift irgendjemandes nachgeahmt haben,“ sagte der König.

In den Gesichtern der Geschworenen dümmerte die Erkenntniß.

„Erlauben Eure Majestät,“ sagte der Knappe, „ich hab's nicht geschrieben, und es kann nicht bewiesen werden, daß ich's schrieb; es steht kein Name darunter.“

„Wenn Du es nicht unterzeichnet hast,“ sagte der König, „um so schlimmer steht die Sache. Du mußt kein reines Gewissen haben, sonst hättest Du Deinen Namen wie ein ehrlicher Mann daruntergesetzt.“

Alles klatschte Beifall zu diesem Wort, dem ersten wirklich geschriebten Wort, das der König an dem Tage geäußert hatte.

„Das beweist seine Schuld,“ sagte die Königin. „Soweit das Märchen. Der Einsender bemerkt dazu mit grimmtiger Laune:

„Sollte „Alice im Wunderland“ noch nicht in's Französische übersezt sein, so gestalte ich mir den Vorschlag, daß in dieser Hinsicht ungehäumt an's Werk gegangen werde.“

**Ein Appenzellerwirth.** In einer Appenzeller Landgemeinde war nach alter Väteritte auch der Weibel, der Diebe und dergleichen aus dem Gefängnisse vor Gericht zu führen hat, neu zu wählen. Da drängt sich ein kleines Mannli vor und meldet sich auf der Tribüne zur Uebernahme der Stelle. Der Landammann, ein großer, stattlicher Mann, fragt ihn spöttlich: „Ja, Du Chline, wie wettlich Du o d'Schelma b'ha?“ — O, häh numma nid Chummer,“ antwortete der Kleine, „es is h drum nid a l l i s o g r o ß w i e D u!“

## Literarisches.

Im Verlag von J. F. W. Diez in Stuttgart sind von der Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring Hef 27 und 28 erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kap. IX. 2. Der Eisenacher Kongreß. 3. Die ersten Fraktionskämpfe. Kap. X. Die Reichsgründung und die Sozialdemokratie. 1. Sedan, Lagen, Verhältnisse. 2. Bismarck's Erleuchtung. Kap. XI. Die Hochfluth der Willkür. 1. Gründungsschwundel und Kulturkampf. 2. Agrar- und Rathgeberjournalismus. Kap. XII. Kasseler und Eisenacher. 1. Das Proletariat im Milliardenregen.

Das komplette Werk wird circa 36 Lieferungen à 20 Pfennig umfassen. Der Preis ist so niedrig bemessen, wie er bei einem wissenschaftlichen Werke sonst kaum anzutreffen ist.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez Verlag) ist soeben das 17. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Riao-Schau. — Der Kampf der Nationalitäten und das Staatsrecht in Oesterreich. Von Karl Rautsch. — Pädagogische Reform-Literatur. Von Gust. Schönfeld. — Der Zusammenbruch der Neuenhüdischen Partei. Von B. S. Wiegand. — Die Lage der Arbeiter im Malergerwerbe. — Notizen: Die Seefischzuchtanlage zu Floerberg in Norwegen. — Feuilleton: Schön-Anna. Von Gustav Lichtenstein.

**Marineforderungen, Kolonialpolitik und Arbeiterinteressen.** Von Parva. Verlag der „Säch. Arbeiterztg.“ (Hermann Wallfisch), Dresden. Preis 25 Pfennig. Die kleine 36 Seiten umfassende Broschüre behandelt das gegenwärtig aktuellste Thema der deutschen Politik: Den mit der geplanten Flottenvermehrung genommenen Anlauf zur „Weltpolitik“ in ebenso verständlicher wie logisch scharf durchdachter Weise. Sie giebt zunächst einen Ueberblick über die gestellten Forderungen und die verfassungsrechtliche Bedeutung des Marineerlebens, das in Wirklichkeit ein Aeternat, eine für alle absehbare Zeit bindende Verpflichtung darstellt, um dann in eingehender Weise den Zusammenhang zwischen Handelsflotte und Kriegsmarine darzulegen. Das Resultat dieser Untersuchung ist, daß die vorgespiegelte Forderung des Handels und dessen Schutz durch die Kriegsflotte gar nicht erreichbar sind, daß es dazu ganz anderer Maßnahmen bedarf: einer vernünftigen Handelspolitik und besonders der Schaffung freundschaftlicher Verhältnisse zwischen Deutschland und England. Der Schlußtheil der Broschüre behandelt den Zusammenhang zwischen Kolonialpolitik und Arbeiterinteressen, anknüpfend an den ebenfalls zum Vorwande für die Flottenvermehrung dienenden angeblich beschützigen Schutz der Deutschen im Auslande. Der Verfasser zeigt da zunächst, wie gering die Zahl der Auswanderer ist, für die eventuell einmal der Schutz der Kriegsflotte in Frage kommen könnte, weil die große Mehrheit der Auswandernden sich nach Ländern mit ausgebildeter Kultur wendet, gegen welche ein Seerrieg oder auch nur eine Flottendemonstration zu den Unmöglichkeitkeiten gehört. Der wirkliche Zweck sei vielmehr auf eine deutsche Kolonialpolitik im großen Stil gerichtet, auf die Eroberung von Kolonien. Verhät werden die Gefahren geschildert, die für unsere einheimische Arbeiterchaft aus diesen Unternehmungen erwachsen müssen, welche schließlich zu einer Handelskrisis führen werden, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Der ganze Zweck der Kolonialpolitik bestehe darin, daß man dem Volke von seinem knappen Einkommen Millionen abpreßt, um den Reichthumsüberfluß der Kapitalisten in fremden Ländern recht profitabel unterzubringen. Nur das Interesse der großen Kapitalisten kommt dabei in Frage. Die Arbeiter hätten statt dessen zu fordern, daß im eigenen Lande energische sozialreformistische Maßnahmen getroffen werden: Normalarbeitszeit, weitgehender Arbeiterschutz, Veseitigung der Lebensmittelzölle und Verbrauchssteuern, Sicherung der Koalitionsfreiheit u. s. w. Nur das könne die unabweisliche soziale Revolution unter möglicher Vinderung der Wucht des letzten Zusammenbruchs sich vollziehen lassen. — Jedem, der sich über die Bedeutung der modernen Marinepolitik und die davon berührten weltwirtschaftlichen Zusammenhänge in kurzen Bügen unterrichten will, ist das kleine Werkchen als treffliches Hülfsmittel zu empfehlen. Wir wünschen ihm, daß es recht viele Leser finden möge.



Mit dem heutigen Tage eröffne ich mein  
**Barbier- und Friseur-Geschäft**  
— Cronsfordter Allee 40. —

Durch aufmerksame und saubere Bedienung hoffe ich mir das Vertrauen einer geehrten Kundenschaft zu erwerben.  
Dochachtungsvoll

**A. Derlien, Barbier u. Friseur.**

**Sämmtl. Colonial- u. Fettwaaren**

empfehlen zu stets billigsten Preisen.  
Sugleich bringe ich auch meine

**Schankwirtschaft und Bierhalle**  
in altlicher Erinnerung.

**Jac. Timmermann**

Mittelstraße 20 a.

**Halbfleisch Pfd. 30 Pfg.**

**Queensfleisch Pfd. 50 Pf.**

**W. Strohsfeldt**

73 Glockengießerstraße 73

Heute Abend von 5 Uhr an:

Heiße

**Knack- und Bierwurst.**

**Georg Schmidt,**

obere Fleischhauerstr. 11.

Heute Sonntagabend von 5 Uhr an:

**Frische Knackwurst**

sowie täglich

**Frische Bierwurst**

empfehlen

**Joach. Schmidt,**

Grb. Heiner. Schmidt, Hüßstraße 43.

**Quaker Oats**



Ärztlich empfohlen.

Nur in Packeten.

Überall käuflich. Ver-

suchen die Recepte auf

den Packeten.

**Sein schmeckt**

ein jeder Berger Flohbering, welcher in

meinem Essig

mariniert wurde.

**H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge.**

Essigfabrik zc., Fischergrube 61.

**No. 50**

**5 Pfg. Ausschuss-Cigarre**

hat Qualität, sicheren Brand und schmeckt gut

**Wilh. John,**

Schüsselbuden 5.

Das Lagerhaus u. Expeditions-Geschäft

**Fischergrube 52**

empfehlen sich zum Lagern und Nachsenden

aller Gegenstände prompt u. billig.

**Zahn-Atelier**

von **Georg Rothschild**

Hüßstraße 60, 1. Etage.

Künstliche Zähne, Plombiren etc.

Solide Preise.

**Folker's**

**Möbel-Magazin**

25 Marlesgrube 25

empfehlen gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und

Polsterwaaren, vom einfachsten bis zum

elegantesten, zu billigen Preisen.

**Central-Kranken- u. Sterbefälle**

der Tischler u. a. gewerbl. Arb.

**Mitglieder-**

**Versammlung**

am Montag den 24. Januar

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Vorlegung der Abrechnung vom 4. Quartal 97.  
2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.  
Die Lokalverwaltung.

**Grosser Ausverkauf**

des kolossalen Lagers aller Arten von Schuh- und Stiefelwaaren, in

nur gediegenster und reellster Waare, als:

<b>Aniestiefel</b>	} extra stark gearbeitet	<b>Knopfstiefel</b>	} für Damen
<b>Halbstiefel</b>		<b>Schnüerstiefel</b>	
<b>Bugstiefel</b>		<b>Bugstiefel</b>	
<b>Knaben-Stulp-Stiefel</b>		<b>Ballschuhe</b>	eleg.
<b>Kinder-Stiefel</b>		<b>Hauschuhe</b>	Ausführ.

Pantoffeln, Kinderschuh etc. etc.

Hilfschuhe, Hilfsantoffeln, Hilfssohlen, zu jedem Preis, empfiehlt

**J. Möllendorff, Goldsteinstraße 9.**

Neu-Lauerhof. **Grosses Tanzkränzchen.**  
Heute Sonntag: Anfang 4 Uhr. Entree frei. Herm. Gutsche.

**Concert-Haus „Flora“**

Jeden Sonntag:

**Tanzkränzchen.**

Anfang 4 Uhr.

Ende 12 Uhr.

F. Grammerstorf.

Sonntag den 13. Februar: **Maskenball.**

Central-Hallen. Jeden Sonntag: **Tanz** in beiden Sälen.

Sonntag den 6. Febr: **Gr. Volksmasterade.**

**Der gesunde und  
kranke Mensch.**

Ein Lehrbuch

des menschlichen Körperbaues und ein ärztlicher Ratgeber

für alle Krankheitsfälle,

unter Berücksichtigung der erfolgreichsten Naturheilverfahren.

Unter Mitwirkung hervorragender Spezialisten

herausgegeben von

**Dr. H. König.**

Mit zahlreichen Illustrationen,  
farbligen Bildern und einem zerlegbaren Modell der  
Stimmorgane in Handdruck.

— Zweite Auflage. —

In 70 wöchentlichen Lieferungen à 15 Pfennige.

Prochordbauarbeiten à M. 1.20.

Komplet gebunden M. 12.50.

Dieses wertvolle Buch fällt eine langit empfundene  
Lücke in unserer Volkserziehung aus da alle bisher  
erschieneuen besseren populär-medizinischen Werke für  
die breiten Volksmassen im Preise viel zu hoch und  
daher für dieselben unerschwinglich waren. Ein gutes  
populär-medizinisches Lehrbuch ist aber heute un-  
entbehrlicher geworden, als die Geburthen in den Volks-  
kreisen schon durch die wirtschaftlichen Verhältnisse in  
der gefährlichsten Weise bedroht ist.

Zu beziehen durch die Expedition unseres Blattes.  
Alle Aussträger nehmen Bestellungen entgegen.

**Fritz Reuter's Werke**

sind, um es Jedem möglich zu machen, dieselben sich anzuschaffen, in

Heften à 40 Pfg. erschienen und zu beziehen durch die

**Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

Verlag von M. Ernst, München.

Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze.

— Soeben erschienen! — Zweiter Neudruck! —

**Das Evangelium eines armen Sünders.**

Von Wilhelm Weiling.

Mit einem Vorwort von Eduard Fuhs.

— Elegant ausgestattet 127 S. broschirt 80 Pfg. —

Fer zweite Neudruck dieses eigenartigsten Werkes des ersten  
deutschen Kommunismus unterscheidet sich vom ersten durch Beifügung  
des ausführlichen und sehr interessanten historisch-biographischen  
Vorwortes, sowie durch eleganter Ausstattung in Druck und Papier,  
ohne daß dadurch der Preis erhöht wurde.

Wir vertreten in Theorie und Taktik  
heute einen von Weiling durchaus ab-  
weichenden Standpunkt, aber damit ist  
nicht gesagt, daß seine Schriften werth-  
los, ihr Studium Selbstverschwendung ist.

Zu beziehen durch unsere Expedition, sowie durch alle Kolporteur.

Der Katalog über die bis jetzt erschienenen Bände der Samm-  
lung wird auf Wunsch gratis und franco übersandt.

**Bollsaftigen Schweizerkäse**  
Pfund 70 und 80 Pfg.

**Holländischen Käse**  
Pfund 80 und 100 Pfg.

**Tilsiter Fettkäse**

Pfund 60, 70 und 80 Pfg.

empfehlen

**Butterhandlung „Zur Krone“**

**Vorstädtische Bierhalle**

Cronsfordter Allee 33

Sonntag den 23. Januar 1898

**Gr. humorist. Bockbierfest**

Eintritt frei.

Hierzu ladet freundlichst ein

F. Dresen.

**Zum rothen Löwen.**

Sonntag, den 23. Januar

**Große Tanzmusik**

**II. Bockbierfest**

Abonnem. 80 Pfg. Musik von Bielefeld.

**COLOSSEUM**

Heute Sonntag:

**Kein Tanz.**

W. Damsler.

**Stehr's Etablissement.**

Morgen Sonntag:

**Große freie Tanzmusik.**

Anfang 4 Uhr.

**Neue Lohmühle**

Heute Sonntag:

**Große Tanz-Musik.**

C. Koopmann, Str.

**Wakenitz-Bellevue.**

Sonntag:

**Tanzkränzchen.**

W. Kruse.

**Elysium.**

Jeden Sonntag:

**TANZ.**

**Gesangverein**

„Eintracht“

**Socialer Abend**

am Sonntag den 23. Januar

bei Herrn Frhm. „Concordia-Garten“.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Mitgliedsarten müssen vorgezeigt werden.

Einführung gestattet.

Das Fest-Comite.

**Quartett-Verein „Amicitia“.**

**Masken-Ball**

am Fastnachtmontag, den

21. Februar 1898

im Colosseum.

Der Vorstand.

**Gesang-Verein**

„Einigkeit“

**Einladung zum Ball**

am Sonntag den 30. Januar

im Lokale des Hrn. H. Gutsche

(Neulauerhof).

Anfang 5 Uhr. Ende 12 Uhr.

Entree 40 Pfg., eine Dame frei.

Einzelne Dame 15 Pfg., wofür Garberobe.

Musik vom Musiker-Fachverein.

Das Comitee.